

Ordnung und Kontinuität? Johannes Göderitz (1888-1978), Architekt, Stadtbaurat, Honorarprofessor

von Tanja Wolf

Einleitung

„Seine Person läßt sich schwer fassen“, schreibt Regina Prinz über den Magdeburger Stadtbaurat Johannes Göderitz, Nachfolger von Bruno Taut.¹ Skurril habe er auf seine Mitarbeiter gewirkt und distanziert, zu diesem Eindruck habe auch „sein stutzerhaftes Äußeres“ beigetragen „und die Tatsache, daß der Junggeselle sich zusammen mit seiner Schwester in Magdeburg niedergelassen hatte“.² Die bürgerlich-liberale Magdeburgische Zeitung charakterisiert ihn 1926 als gewissenhaften Pragmatiker:

„Wir kennen seine Fehler und Schwächen. Wissen, daß er von ‚Repräsentation‘ persönlich und in seinen Bauten nicht viel hält, daß er den Grundsatz der ‚Neuen Sachlichkeit‘ bis zur äußersten Konsequenz vertritt, bis dorthin, wo sie leicht an Puritanertum und Nüchternheit streift. [...] Aber wir sehen demgegenüber so viel Freude und Gewissenhaftigkeit, Verlässlichkeit und Streben in den Wegen einer werdenden Bauform, daß wir uns durch seine Arbeit – als Ganzes gesehen – nicht schlecht beraten glauben.“³

Als eine Konstante der städtebaulichen Moderne bezeichnet ihn Harmen Thies, Professor für Baugeschichte an der TU Braunschweig bis 2007. Er sei „ebenso Vertreter des Neuen Bauens in der Weimarer Republik und Vordenker städtebaulicher und gesellschaftlicher Ordnungsmuster im Nationalsozialismus, wie er ferner auch als eine der Schlüsselfiguren des Wiederaufbaus auf rational-wissenschaftlicher Basis nach 1945 zu erkennen ist.“⁴

Ein Vordenker im Nationalsozialismus für städtebauliche und damit auch gesellschaftliche Ordnungsmuster? Nahm Johannes Göderitz in der Zeit vor 1945, bevor er Stadtbaurat von Braunschweig und Honorarprofessor an der hiesigen Technischen Universität wurde, eine Position ein, von der aus er eine solche Wirkung entfalten konnte? Wie ist diese Zeit zwischen dem Ende seiner Magdeburger Funktion und dem Anfang der jungen Bundesrepublik in seiner Biografie⁵ zu bewerten – seine Tätigkeit, sein Verantwortungsbereich, seine Veröffentlichungen – ohne diesen Abschnitt biografisch oder zeithistorisch isoliert zu betrachten? In welchen Personennetzwerken bewegte er sich? Diese spannenden Fragen eröffnen ein weites Untersuchungsfeld. Zwar können hier zunächst keine abschließenden Antworten gegeben werden; fehlende Informationen müssen erst in

¹ Prinz 1997, S. 171.

² Ebd. mit Verweis auf Auskunft von zwei Zeitzeugen, Heinz Meier (Mitarbeiter im Hochbauamt) und Helena Sixtus, Tochter von Willy Plumbohm.

³ MZ Nr. 539, 23.10.1926, zitiert nach Prinz 1997, S. 173. Einen Pragmatiker und Verwaltungsfachmann sieht auch Prinz in Göderitz, vgl. ebd., S. 289.

⁴ Thies 2011, S. 189.

⁵ Zwei Dissertationen beschäftigen sich mit der Magdeburger Zeit aus architekturgeschichtlicher Perspektive: Prinz 1997 verfolgt das Ziel einer Darstellung der Unternehmungen unter Bruno Taut und seinem Nachfolger zwischen 1921 und 1933. So soll „der architektonische Werdegang Magdeburgs im Wechselspiel mit den politischen Verhältnissen dargelegt werden.“ Gisbertz 2000b beschreibt und analysiert das Werk von Taut und Gisbertz und fragt nach „Kontinuität, Unterschieden und Brüchen in der künstlerischen, architektonischen und städtebaulichen Entwicklung der Stadt Magdeburg zur Zeit der Weimarer Republik“, S. 12. In seiner Masterarbeit hat sich Albrecht 2008 darauf aufbauend ebenfalls mit dieser Schaffensphase von Göderitz befasst.

den Archiven aufgespürt, viele Fäden in diesem Geflecht wissenschaftlich-institutioneller und personeller Verbindungen miteinander (neu) verknüpft und größere wie kleinere Details geordnet werden. Erste Einschätzungen und Ergebnisse unter dem Vorbehalt weiterer Forschungen sind möglich. Ich werde dazu, der Biografie von Johannes Göderitz folgend, vor allem die bestehende Quellenlage einem prüfenden Blick unterziehen. Welche Informationen liefern diese Quellen? Wo gibt es (noch) Leerstellen und mögliche neue Perspektiven auf ein Leben in vier politischen Systemen zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik?

Die Frage nach personellen und konzeptionellen Kontinuitäten, die die politisch-gesellschaftlichen Ordnungswechsel im 20. Jahrhundert verbinden, wird schon länger in den verschiedensten Kontexten gestellt und anhaltend diskutiert. So hat sich z. B., angeregt durch ein Forschungsprojekt über die DFG, die Akademie für Raumforschung und Landesplanung ab 2007 mit ihrer Vergangenheit und dem Umgang damit kritisch auseinandergesetzt.⁶ Weitere Beispiele gibt es aus der Politik⁷, Institutionen⁸, Ministerien⁹ und Wissenschaften¹⁰. Unter den bereits vorliegenden biografischen Untersuchungen finden sich auch solche zu Planern und Architekten, etwa über den späteren Stadtbaurat von Hannover, Rudolf Hillebrecht¹¹, oder den engen Mitarbeiter von Albert Speer, Rudolf Wolters¹². Wenig überraschend stellen die bisherigen Analysen fest, dass in den bundesrepublikanischen Institutionen und Behörden zahlreiche NS-Belastete tätig waren. „Wie mit diesem undemokratisch geprägten Personal eine funktionierende Demokratie aufgebaut werden konnte, ist nach wie vor die überwölbende Leitfrage aller Aufarbeitungsprojekte.“ Allerdings ist die Frage, „wer überhaupt ein »Nazi« war, [...] nicht nur komplex, sondern seit 70 Jahren umstritten.“¹³ Wenn die Diskussion vor dem Hintergrund eines Denkmals oder einer Nachbenennung geführt wird, stellen Ambivalenz und historische Komplexität eigene Herausforderungen dar, denn gerade dann ist die eigentlich verlangte Eindeutigkeit nicht möglich.¹⁴

Ebenso wird die Frage nach dem persönlichen und institutionellen Umgang mit der Vergangenheit, mitunter begleitet von Vorwürfen der Apologetik einerseits und ebensolchen von kritischer Moralisierung andererseits, schon länger diskutiert. Das gilt auch für die Raumordnung und Raumforschung, zumal sich die Disziplin erst in den 1930er Jahren konsolidierte. „Bis in die achtziger Jahre wirkten sich diese [personellen] Kontinuitäten [vor allem der Jahrgänge 1900-1910] wesentlich auf den Umgang der Raumplaner mit der NS-Vergangenheit aus“, stellt Adriane Leendertz

⁶ Vgl. Mäding und Strubelt 2009, Leendertz 2008 und Baumgart 2020.

⁷ Zum niedersächsischen Landtag z. B. Glienke 2012.

⁸ Z. B. ein Forschungsprojekt der Max-Planck-Gesellschaft 1997-2007: <https://www.mpg.de/geschichte/kwg-im-nationalsozialismus>.

⁹ Vgl. dazu Weise 2021.

¹⁰ Z. B. aus den Geistes- und Kulturwissenschaften: u. a. Hausmann 2011, Lehmann und Oexle 2004. Als Beispiel eines verwandten Bereichs, den Bevölkerungswissenschaften, mit einer langfristig orientierten Perspektive vgl. Ehmer 2007, zur Forschung für Raumplanung und Raumordnungspolitik 1930-1960 Gutberger 2017, über die Kontinuitäten und personellen Netzwerke der niedersächsischen Raumwissenschaftler vgl. Brandt und Prieb 2021 mit Hinweisen auf weitere Forschungsprojekte und Literatur.

¹¹ Vgl. Dorn 2017 und Schmiechen-Ackermann 2021.

¹² Vgl. Deschan 2013. Zu Speer selbst gibt es zahlreiche Veröffentlichungen, vgl. v. a. Brechtken 2017. Den Standard einer Kollektivbiografie deutscher Architekten bildet immer noch Durth 1988.

¹³ Weise 2021, S. 399f. Zentral ist die Historisierung des Belastungsbegriffs: „Im Projekt zur Geschichte des bundesdeutschen Atomministeriums wird etwa zwischen ideologischer Belastung, Belastung durch berufliche oder militärische Tätigkeit und Belastung durch konkrete Mitwirkung an Kriegs- oder Gewaltverbrechen unterschieden. Während die zweite Kategorie innerhalb des ministeriellen Führungspersonals sehr verbreitet war, fanden sich hier nur wenige Fälle aus der ersten und dritten Kategorie.“

¹⁴ „Jede Debatte um Straßennamen und Denkmäler ist bestimmt von der Suche nach Klarheit, auch nach deutlicher Scheidung von Gut und Böse, von Schuld und Unschuld, von Täter und Opfer“, Speitkamp 2017, S. 422.

zusammenfassend fest. „Die innerfachliche Traditionsbildung blieb von den in weiten Teilen apologetischen Darstellungen der belasteten Generation geprägt, die vor allem die Kriegsjahre und damit den Komplex der Ostplanung ausblendeten.“¹⁵ Zeittypische Erklärungsmuster und Verhaltensweisen im Umgang mit dem Nationalsozialismus nach 1945 – wie Selektieren, Verschleiern, Verdrängen oder Umgehen – zu analysieren und einzuordnen heißt dabei nicht, ihnen zu folgen oder die persönlichen Entscheidungen und Haltungen der damals Handelnden zu entschuldigen – etwas nachzuvollziehen bedeutet nicht unmittelbar, es gutzuheißen. Denn erst vor ihrem jeweiligen zeitlichen und gesellschaftlichen Horizont werden diese Erklärungsmuster sichtbar und verständlich. Erst dann wird auch nachvollziehbar, wieso man ihnen folgte, sie teils verinnerlichte und teils breit akzeptierte, eben bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Andererseits waren auch demokratische Lernprozesse vormals verstrickter Wissenschaftler durchaus möglich.¹⁶

Eine nicht zuletzt die Wissenschaftsgeschichte beschäftigende Frage betrifft die konzeptionellen Fortsetzungen und langandauernden Verflechtungen von Ideen und ideologischen Motiven. Aufschlussreich für eine neue Perspektive auf Göderitz und seine Einordnung ist die Theorie des Mediziners und Wissenschaftstheoretikers Ludwik Fleck von Denkstil und Denkkollektiv.¹⁷ Wissenschaftliche Tatsachen, so Fleck, sind nicht einfach vorhanden, sondern werden gemacht, und jedes Erkennen, das diese Tatsachenbefunde ermöglicht, ist sozial bedingt. Veränderungen der Wissenschaft, die neue Blickwinkel eröffnen, basieren demzufolge auf einem Wandel der historisch gewachsenen Denkstile, getragen durch ein Denkkollektiv. Als Denkkollektiv definiert er die „Gemeinschaft der Menschen, die im Gedankenaustausch oder in gedanklicher Wechselwirkung stehen“, die gemeinschaftlich „Träger geschichtlicher Entwicklung eines Denkgebietes, eines bestimmten Wissensbestandes“¹⁸ sind. Der Denkstil ist „gerichtetes Wahrnehmen, mit entsprechendem gedanklichen und sachlichen Verarbeiten des Wahrgenommenen“. Die „Probleme, die ein Denkkollektiv interessieren“, die „Urteile, die es als evident betrachtet“ und die „Methoden, die es als Erkenntnismittel anwendet“¹⁹ sind darin angelegt, ebenso die Formen zum Ausdruck der innerhalb des Denkkollektivs als wahr akzeptierten Tatsachen.

Die möglichen Kategorien des Denkens, Ausdrückens und Handelns, die dem Denkkollektiv der Planer im 20. Jahrhundert zur Verfügung standen, haben ältere Wurzeln, die über die gesellschaftshistorischen Zäsuren hinweg wirksam blieben. Dazu gehört die Vorstellung, durch Ordnung des Raumes soziale Gemeinschaft zu schaffen und zu fördern. Dieses Ordnungsdenken und „social engineering“ versteht David Kuchenbuch als „Reflexionsprodukte der entstehenden kapitalistischen Industriegesellschaften“, sie sind „Reaktionen auf gravierende gesellschaftliche Veränderungen ab circa 1890“.²⁰ Zwei zentrale Aspekte stellt er dabei heraus: das Bewusstsein, in einem Zeitalter sich auflösender alter Gemeinschaften zu leben, das sich in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts verbreitete – die Entdeckung einer Krise des Sozialen – und das gleichzeitige

¹⁵ Leendertz 2009, S. 22. In den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit war das Sprechen über das „Dritte Reich“ gesamtgesellschaftlich „vielfach ein Herauserzählen [...], in dem konkrete Aspekte individueller Verantwortung und persönlicher Täterschaft entweder beschwiegen wurden oder verharmlost und vernebelt blieben“, Brechtken 2021, S. 10. Er betont auch: „Indem wir diese Phänomene für die Vergangenheit analysieren und erkennen, sie festhalten und benennen, fällen wir zunächst kein moralisches Urteil, sondern beschreiben gewesene Vergangenheit.“, ebd., S. 18. Zum gesellschaftlichen Klima der 50er Jahre in Bezug auf die Vergangenheitspolitik vgl. u. a. Frei 2012, Assmann und Frevert 1999, Fischer und Lorenz 2007.

¹⁶ Vgl. Schmiechen-Ackermann und Werner 2021, S. 9f.

¹⁷ Einen solchen Ansatz verfolgte am Beispiel des Historikers Werner Conze Etzemüller 2001, auch Gutberger 2017 greift darauf als wissenschaftstheoretisches Fundament zurück.

¹⁸ Fleck 2021, S. 54f.

¹⁹ Ebd., S. 130.

²⁰ Kuchenbuch 2014, S. 17, mit Bezug auf Zygmunt Bauman.

Etablieren der „Sozialen Experten mit einem spezifischen Glauben an die Gestaltbarkeit der Zukunft“²¹ – die Verwissenschaftlichung und Planbarkeit des Sozialen. Die Gesellschaft erschien diesen neuen Experten „optimierbar, und zwar durch den Einsatz eines technisch-wissenschaftlichen Instrumentariums, ganz so wie Ingenieure Probleme lösten“.²² Und wie Ingenieure verknüpften die Planer ihr „Ethos wissenschaftlicher Redlichkeit“ mit „ihrem Bewusstsein, im Auftrag des Kollektivs zu handeln. Sie setzten die eigene Tätigkeit zwar nicht immer als apolitische, aber meist als überparteiliche Arbeit im Dienste des Gemeinwohls in Szene.“²³

Herkunft und Werdegang

Johannes Göderitz wurde am 24.05.1888 als Sohn des Bergwerksdirektors Ludwig Göderitz und seiner Frau Jenny geb. Erfurth in Ramsin (Kreis Bitterfeld) geboren. Es ist anzunehmen, dass er in bürgerlichen Verhältnissen aufwuchs – nach Vorschule und städtischer Realschule in Bitterfeld (1895-1899) folgte eine humanistische Schulbildung in Halle (Lateinische Jungenschule der Frankeschen Stiftungen) und Wittenberg (Melanchthon-Gymnasium, 1903-1908)²⁴ –, dennoch ist über die konkreten familiären Verhältnisse und die Eltern noch wenig bekannt. Ramsin war ein von Landwirtschaft und Braunkohletagebau geprägtes Dorf in der Nähe von Bitterfeld. Wie lange die Familie hier ansässig war, ob es neben der Schwester Charlotte weitere Kinder gab, welche Stellung der Vater im Tagebau hatte, und ähnliche Fragen dürften für die weitere Untersuchung durchaus aufschlussreich sein.

Nach dem Abschluss der Reifeprüfung 1908 begann Göderitz im selben Jahr, 20 Jahre alt, ein Architekturstudium an der Königlichen Technischen Hochschule zu Berlin, eine Ausbildung auf wissenschaftlicher Grundlage mit einer breiten beruflichen Perspektive sowohl im Staatsdienst als auch in der Privatwirtschaft.²⁵ Felix Genzmer, Joseph Brix, Professor für Städtebau und Städtischen Tiefbau, und Theodor Goecke, Professor für Allgemeine Gebäudelehre und Städtebau (mit besonderer Berücksichtigung der sozialen Bedürfnisse), gehörten mit einiger Sicherheit zu seinen akademischen Lehrern. Die Prägung, die er hier auf dem Gebiet des Städtebaus mitnahm, müsste ggf. näher betrachtet werden. Brix war 1922 Mitbegründer der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und entwickelte insbesondere im Bereich Stadttechnik und Stadthygiene vielfältige Grundlagen.²⁶ Goecke beschäftigte sich sowohl mit grundlegenden als auch praktischen Fragen des Städtebaus und publizierte viel in diesem Bereich. Mit Camillo Sitte gab er ab 1904 die Monatsschrift „Der Städtebau“ heraus und bereitete vor seinem Tod 1919 ein „Handbuch der Städtebaukunst“ vor.²⁷

Im Juni 1912 legte Göderitz die Hauptprüfung zum Diplom-Ingenieur ab und trat in den preußischen Staatsdienst ein, zuerst als Regierungsbauführer bei der Oberpostdirektion, nach seiner Zeit als Einjährig-Freiwilliger ab 1913 im Berliner Militärbauamt. Von 1914 bis 1915 wurde seine Ausbildung durch die Kriegsteilnahme unterbrochen, von der Westfront kehrte er 1914 verwundet heim. Nach der Ernennung zum Regierungsbaumeister 1919 nahm er eine Anstellung als Referent in der

²¹ Ebd., S. 18.

²² Ebd., S. 20.

²³ Ebd., S. 21. Zur „Ordnung der Moderne“ vgl. Etzemüller 2009, zum „radikalen Ordnungsdenken“ Raphael 2001.

²⁴ Vgl. Gisbertz 2000b, S. 75.

²⁵ Vgl. ebd.

²⁶ Vgl. Joseph Brix, in: Catalogus Professorum. Professorinnen & Professoren der TU Berlin und ihrer Vorgänger, <https://cp.tu-berlin.de/person/947>.

²⁷ Vgl. Hofmann 1919. Vgl. auch Theodor Goecke, in: Catalogus Professorum. Professorinnen & Professoren der TU Berlin und ihrer Vorgänger, <https://cp.tu-berlin.de/person/1544>.

Bauabteilung des Oberpräsidenten an. Schon in der Ausbildung wurden ihm Fleiß und Tüchtigkeit ebenso wie technisches Können und planvolles Arbeiten attestiert.²⁸

Im Mai 1921 holte ihn der Magdeburger Stadtbaurat Bruno Taut (1880-1938) als seinen persönlichen Assistenten, zeichnungsberechtigten Vertreter der Hochbauverwaltung und Leiter der Neubauabteilung (Hochbauamt I) in die Stadt an der Elbe.²⁹ Beide lernten sich 1908 während des Studiums in Charlottenburg kennen, Taut hatte dort die Fächer Kunstgeschichte und Städtebau belegt. Vermutlich waren die Erfahrungen in der preußischen Bauverwaltung ausschlaggebend für die Einstellung. Allerdings ist aufgrund der Quellenlage darüber hinaus kaum eine verlässliche Aussage über die Beziehung der beiden möglich. Es scheint, als habe Göderitz' praktische Orientierung den notwendigen Kontrapunkt zum Baukünstler Taut gebildet. „Sein introvertiertes Wesen, seine Genauigkeit und Zuverlässigkeit im Arbeiten und Denken befähigten ihn in besonderer Weise, die visionär-phantastischen Ideen des ‚Weltbaumeisters‘ Bruno Taut in Magdeburg am Zeichentisch auf ein ökonomisch und bautechnisch einwandfreies Maß zu reduzieren, sowie die Bauleitung in Koordination der einzelnen städtischen Baudezernate zu übernehmen“, so Olaf Gisbertz.³⁰ Als einen an „zeitüblichen Sachlichkeitstendenzen“ orientierten Vertreter einer „behutsamen Moderne“ beschreibt ihn Marianne Schmidt.³¹

Nach Tauts Wechsel zur GEHAG in Berlin im Januar 1924 übernahm Göderitz stellvertretend die Leitung der Hochbauverwaltung. Eine Neubesetzung der Position des Stadtbaurats wurde ab 1925 diskutiert und 1927 vorgenommen – gewählt wurde er mit 45 zu 5 Stimmen, abgelehnt nur von der KPD. In den Bewerbungslisten stand sein Name nicht, doch beantragte der amtierende Oberbürgermeister Hermann Beims (SPD) persönlich die Berücksichtigung von Göderitz und Konrad Rühl (s. u.) außer Konkurrenz.³²

Göderitz war anders als sein Vorgänger und Förderer „kein Mann der spektakulären künstlerischen Experimente“³³, sondern konzentriert auf die Realisierung und Konkretisierung von Bauvorhaben im Kommunal- und Wohnungsbau. Entscheidend für die neue Schwerpunktsetzung war neben einem besonderen politischen Impuls für den Wohnungsbau das Zusammenwirken einer neuen Führungsebene: mit Göderitz vor allem Konrad Rühl, Leiter der Städtebauabteilung 1922 bis 1928 und Gründungsmitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Gerhard Weisser, Leiter des Wohnungsamtes, und Willy Plumbohm, Leiter des Vereins für Kleinwohnungswesen und sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender im Stadtparlament.³⁴

Der Stadtbaurat erweiterte seine Kompetenzen und seinen Einfluss in der Stadt kontinuierlich. 1927 wurde er Theaterdezernent und Vorsitzender im städtischen Theater- und Orchesterausschuss sowie Aufsichtsratsmitglied mehrerer kommunaler Organisationen (Bauhütte GmbH, Mitteldeutsche Reklamesgesellschaft, Verein für Kleinwohnungswesen und Mitteldeutsche Heimstätte).³⁵ Eine

²⁸ Vgl. Gisbertz 2000b, S. 76 unter Verweis u. a. auf BLHA Pr. Br. Rep. 2 A.

²⁹ Vgl. Albrecht 2008, S. 10, mit Verweis auf StA Magdeburg, Rep. 35, Ha. 5.

³⁰ Gisbertz 2000a, S. 48.

³¹ Vgl. Schmidt 1988, S. 34-35. Er sei nicht traditionsgebunden wie Schultze-Naumburg, Tessenow, Schmitthenner und andere und könne auf der anderen Seite nicht zur Avantgarde der Architektur der 20er Jahre gezählt werden.

³² Vgl. Prinz 1997, S. 173 mit Verweis auf StA Magdeburg, Rep. 18/4, Protokoll des Unterausschusses vom 29.9.1925 und nochmal am 27.6.1927.

³³ Ebd., S. 170.

³⁴ Ebd. Helena Sixtus kannte Göderitz aufgrund seiner Besuche in ihrem Elternhaus, vgl. S. 171 FN 55. Zu Plumbohm S. 179-182.

³⁵ Ebd., S. 171 mit Verweis auf ein Verzeichnis der Ausschüsse und Ausschussmitglieder der Stadt Magdeburg aus dem Jahr 1930.

Neustrukturierung der Verwaltung brachte mehrere zuvor selbständige Ämter in seinen Verantwortungsbereich. 1928 verfasste er eine neue Bauordnung, 1932 folgte ein Konzept zur Sanierung der Altstadt (mit durchaus radikalen Plänen eines Durchbruchs durch das historische Zentrum); zudem arbeitete er im Bereich der Landesplanung zur Neustrukturierung des Mitteldeutschen Raumes mit.³⁶ Das Hochbauamt war u. a. mit seiner Grafikabteilung zudem an der Außen- und Selbstdarstellung der Stadt beteiligt – Reklamewesen, Werbung und Design sollten hier zusammenlaufen, nachdem Bruno Taut früh mit einer umfassenden Modernisierung des Stadtbildes entsprechende Grundlagen geschaffen hatte.³⁷ Auf den „Säulen von Architektur, Städtebau und Kunst“ wollte er „ein ganzheitlich wirkendes Kontinuum moderner Stadtgestaltung schaffen.“³⁸ Dabei strebte er einen wissenschaftlich orientierten Städtebau an, der rationalen wie wirtschaftlichen Kriterien genügte. Zu dieser Zeit war er Mitglied der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit, ein interessanter Hinweis auf weitere Netzwerke, dem noch nicht weiter nachgegangen wurde.³⁹

Sein Bekanntenkreis sei dennoch längst nicht so weitreichend und international gewesen wie der Bruno Tauts. „Er konnte zwar Ende der 20er Jahre bekannte Künstler wie Walter Dexel und Xanti Schawinsky [als Leiter der neuen Grafikabteilung des Hochbauamts] in die Stadt holen, doch er wurde nicht wie sein Vorgänger zum Zentrum des künstlerischen Lebens in der Stadt.“⁴⁰ Hier wären neuere stadtgeschichtliche Arbeiten über Kultur, Politik und Gesellschaft der 20er Jahre in Magdeburg interessant, um die These zu prüfen und Göderitz in der städtischen Öffentlichkeit zu verorten. Prinz charakterisiert ihn im Gegensatz zu seinem avantgardistischen Vorgänger jedenfalls als „zu wenig kommunikativ, verbindend und innovativ.“ Durch seine wenig provokative Art und seine gemäßigt moderne Architektursprache habe er andererseits dazu beigetragen, einen parteiübergreifenden Konsens für das Neue Bauen zu fördern.⁴¹ Zudem war Göderitz Mitglied des Republikanischen Klubs, der in Magdeburg demokratische und sozialdemokratische Kreise zusammenbrachte. 1927 trat er der DDP bei, später Deutsche Staatspartei, der er bis zu deren Auflösung 1933 angehörte.⁴²

„Meine Mitgliedschaft bei der ‚Deutschen Staatspartei‘ (Demokratische Partei), die durch die Demokratische Fraktion im Magdeburger Stadtparlament vertreten wurde und zu den entschiedenen Gegnern der Nationalsozialisten gehörte“, hebt Göderitz in der Rückschau 1945 hervor, „war der Hauptgrund für meine Zwangspensionierung 1933, ferner meine Zugehörigkeit zum Republikanischen Klub.“⁴³ Die Versetzung in den Ruhestand erfolgte am 30.4.1934, schon ab Juni 1933 war er beurlaubt.⁴⁴ Den Einfluss und Spielraum, den er sich als Magistratsmitglied erarbeitet

³⁶ Dazu vgl. ebd., S. 259 ff.

³⁷ Ebd., S. 250.

³⁸ Gisbertz 2000b, S. 118.

³⁹ Zur Reichsforschungsgesellschaft vgl. Fleckner 1993. 1927 lud das Hochbauamt Städtebauer und Architekten aus diesem Umfeld zu einer Vortragsreihe in der Volkshochschule ein, darunter Fritz Schumacher und Paul Mebes, vgl. Gisbertz 2000b, S. 114.

⁴⁰ Prinz 1997, S. 172. Zur Graphikabteilung S. 240 ff.

⁴¹ Ebd., S. 289 f., Zitat S. 289.

⁴² Eigene Angabe im Entnazifizierungsfragebogen vom 8.8.1945, Personalakte der TH Braunschweig, UABS Best. B7 Nr. 285.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ So die Angabe in der Personalakte der Stadt Braunschweig, StadtA Braunschweig, E 11 II : 797, Bl. 95v.

hatte, sieht Regina Prinz als entscheidend für die Amtsenthebung an; mit der DDP bringt sie ihn nicht in Verbindung.⁴⁵

Eine Personalakte aus der Marburger Zeit ist nicht erhalten, die Aktenlage zum Stadtbauamt ab 1924 ist insgesamt als vergleichsweise schlecht zu bewerten.⁴⁶ Über die Amtsentlassung gibt es im Landesarchiv Sachsen-Anhalt eine Akte „Personalien der Magistratsmitglieder und der städtischen Beamten, Bd. 4: Versetzung des Stadtbaurats Göderitz in den Ruhestand aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“⁴⁷. Als offizieller Grund wird darin die Zusammenlegung von Hoch- und Tiefbauamt unter der Leitung von Julius Götsch angegeben.⁴⁸ Seit der Festschrift für Johannes Göderitz 1968 wird meist der in der dortigen Biografie angeführte Umstand zitiert: „auf Veranlassung der NSDAP als ‚Kulturbolschewist‘ in den Ruhestand versetzt“.⁴⁹

Als Nachweis dafür, dass „politische Gründe maßgebend gewesen sind“, führte Göderitz ein Schreiben des Gauamtsleiters für Personalpolitik Trautmann (NSDAP-Gauleitung Magdeburg Anhalt) vom 13.8.1935 an den Vorsitzenden der Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung Reinhold Niemeyer an. Darin heißt es:

„Ich habe Bedenken dagegen, daß Stadtbaurat Göderitz den von Ihnen vorgesehenen Vortrag auch auf einer Fachtagung hält. Stadtbaurat Göderitz ist aus politischen Gründen [...] in den Ruhestand versetzt worden. Ich halte es nicht für angängig, daß ein solcher Mann über ‚ein neues deutsches Bodenrecht‘ bei irgend einer Veranstaltung spricht.“⁵⁰

Der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste habe ihn außerdem, so sei ihm im Januar 1936 mitgeteilt worden, für das Ehrenamt eines Referenten für Kunsthandwerk, „das ich als Leiter eines von mir im Jahre 1930 [an anderer Stelle 1928] in Magdeburg gegründeten Werkkunstvereins innehatte“, nicht mehr für tragbar gehalten.⁵¹ Grund dafür sei eine „sehr gehässig[e]“ Anzeige der DAF Gau Magdeburg-Anhalt gewesen; diese „betonte, man könne mit mir aus politischen Gründen nicht zusammenarbeiten u. enthielt u.a. die Behauptung, ich wäre mit einer Jüdin verheiratet gewesen.“⁵² Jedoch habe sich der neue nationalsozialistische Oberbürgermeister Dr. Merkmann, vorher Syndikus des Handwerksinnungsverbandes, noch 1933 für ihn eingesetzt. „Da ich ausserdem in der ganzen Einwohnerschaft Magdeburgs einen sehr guten Ruf genoss (vgl. z.B. einen ‚Nachruf‘ des Haus- und Grundbesitzervereins in der Zeitung v. 27.3.1933 [...]) legte man offenbar seitens einiger Stellen der Partei doch Wert darauf, mich öffentlich nicht zu sehr zu diffamieren.“⁵³

⁴⁵ Vgl. Prinz 1997, S. 174 Sie schränkt ein, er sei entgegen eigener Aussagen weiter als Mitarbeiter im Stadtbauamt beschäftigt worden und führt dies auf eine Unterschrift auf städtebauliche Pläne bis 1936 zurück. Dabei handelt es sich jedoch um eine Fehlinformation.

⁴⁶ Vgl. Prinz 1997, S. 10 und 155: Hier finden sich keine Briefwechsel, außerdem kaum Material zum Städte- und Siedlungsbau, so dass sie gedruckte Materialien wie Rechenschaftsberichte und Statistiken herangezogen hat und sich für die Zeit 1924-1927 v. a. auf das ab 1924 erschienene Amtsblatt und die Tageszeitungen stützt.

⁴⁷ Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. C 28 Ie I, Nr. 1456 Bd. 4.

⁴⁸ Die Akte konnte noch nicht im Original überprüft werden, zitiert nach Albrecht 2008, S. 103. Dazu bemerkt Göderitz, schon aus der Beurlaubung ab 1933 ergebe sich, „dass nicht nur eine Stelle eingespart werden sollte.“ (StadtA BS, E 11 II : 797, Bl. 95v). Vgl. auch Gisbertz 2000b, S. 116.

⁴⁹ Ahuis und Müller 1968, S. 97. Eine Veranlassung aufgrund eines bestimmten Bauprojekts ist nicht erkennbar.

⁵⁰ Abschrift in: UABS, Best. B07 Nr. 285.

⁵¹ Eigene Auskunft in StadtA BS, E 11 II : 797, Bl. 95v.

⁵² UABS, Best. B07 Nr. 285.

⁵³ StadtA BS, E 11 II : 797, Bl. 96. Hier könnte ein Vergleich mit den Biografien etwa von Fritz Schumacher (vgl. u. a. Frank 1994), Konrad Rühl oder Carl Krayl aufschlussreich sein. Krayl arbeitete mit Göderitz in Magdeburg zusammen (Leiter des Entwurfbüros im Hochbauamt, 1921-1924), erhielt nach 1933 als selbständiger Architekt keine Aufträge mehr und trat 1938 als technischer Angestellter in die Bauabteilung der Reichsbahndirektion Berlin ein.

Im Zusammenhang mit dem Magdeburger Verein für Werkkunst war Göderitz wie erwähnt 1935 kurzzeitig zum Referenten der Landesleitung der Reichskammer der bildenden Künste berufen worden. Zudem wurde er als Ruhestandsbeamter in den Reichsbund der deutschen Beamten aufgenommen (1935-1943). An Mitgliedschaften in NS-Vereinigungen zählte er im Entnazifizierungsverfahren die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt NSV (1936-1945) auf. Mit der Zugehörigkeit zur Deutschen Akademie (s. u.) verbunden war die Mitgliedschaft im NS-Bund deutscher Technik NSBDT (1935-1945). 1943 trat er in seinem Wohnort Kleinmachnow in den Reichsluftschutzbund ein und war ab 1942 Mitglied im Ausschuss für baulichen Luftschutz des NSBDT.⁵⁴

Johannes Göderitz und die DASRL bis 1945

Nach seiner Ruhestandsversetzung bemühte sich Göderitz, damals 46 Jahre alt, um ein Auskommen als Privatarchitekt. Zusammen mit dem Ruhegehalt, das ihm die Stadt fortan zahlte, belief sich sein jährliches Einkommen 1934 auf 7.524 Reichsmark, in den beiden Folgejahren auf etwa 7.200, 1937 7.500 – deutlich weniger als die Hälfte der vor 1933 bezogenen 17.368 Reichsmark. Göderitz habe nur kleine Aufträge von Privatleuten erlangen können,⁵⁵ lediglich ein Vorentwurf vom 21.8.1936 für ein Wohnhaus am Rennwiesenkrug blieb im Besitz der Stieftochter Heide Drüsedau erhalten.⁵⁶

1927, mit Beginn seiner Tätigkeit als Stadtbaurat, war Göderitz in die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung⁵⁷ (DASL, später Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung, DASRL) berufen worden. Hier bot sich ihm offenbar der Ausweg aus seiner mehr oder weniger beschäftigungslosen Lage, auch wenn dies gleichzeitig das Ende seiner hochbaulichen Tätigkeit bedeutete. Reinhold Niemeyer (1885-1959), damals noch Stadtbaurat in Frankfurt am Main und NSDAP-Mitglied seit April 1933, hatte den Vorsitz der Akademie von seinem Vorgänger Robert Schmidt 1934 übernommen. Wegen Alkoholsucht, einer Liebesaffäre und anderen Vorwürfen wurde er 1936 suspendiert und trat 1938 von seinem Frankfurter Amt zurück, um kurz darauf als Landesrat zur Landesplanung der Provinz Brandenburg nach Berlin versetzt zu werden.⁵⁸

Auf wessen Initiative hin Göderitz' Wechsel zurück nach Berlin erfolgte, wird sich aufgrund der spärlichen Quellenlage wohl nicht mehr klären lassen. 1936 jedenfalls nahm Göderitz seine Tätigkeit als geschäftsführendes Ratsmitglied der DASRL in der Hauptstadt auf, zunächst ehrenamtlich, ab 1938 mit einer geringen Vergütung (sein Jahreseinkommen lag 1938 bei 8.200 Reichsmark, 1943 bei 13.722 Reichsmark).⁵⁹

⁵⁴ UABS, Best. B07 Nr. 285, Entnazifizierungsfragebogen vom 8.8.1945.

⁵⁵ Eigene Auskunft ebd.

⁵⁶ Abgebildet in Gisbertz 2000b, S. 330, Abb. 138, Nachweis Besitz Heide Drüsedau (Stuttgart).

⁵⁷ Zur DASL mit dem Ansatz einer „Ideengeschichte des Städtebaus im eigenen Kosmos der Profession“ (S. 26) im 20. Jahrhundert (allerdings ohne „allgemeinesgeschichtliche Einordnung“) zuletzt Düwel und Gutschow 2019. Verschiedene Reaktionen darauf in Wékel 2021.

⁵⁸ Zur Frankfurter Zeit vgl. Tüffers 2004. Niemeyer soll vor 1933 der nationalliberalen Deutschen Volkspartei nahegestanden haben Das Alkoholproblem ließ ihn wohl auch später nicht los, denn als „Säufer“ bezeichnet ihn auch Heinrich Hoffmann, vgl. Geist und Kürvers 1989, S. 119. Eine kurze biografische Skizze auch in Düwel und Gutschow 2019, S. 238-239.

⁵⁹ UABS Best. B7 Nr. 285, Entnazifizierungsfragebogen, 8.8.1945. Einem Beginn der Beschäftigung 1936 widerspricht nicht, dass er laut Prinz 1997, S. 174, noch 1938 im Magdeburger Adressbuch nachzuweisen sei, zumal ein endgültiger Umzug erst nach Zahlung einer ersten Vergütung für die Tätigkeit nachvollziehbar wäre. Je nach Überlieferungssituation könnten dazu die Daten der Einwohnermeldeämter für ein genaueres Bild des Wechsels überprüft werden.

In der hypothetischen Überlegung, welche Handlungsspielräume ihm ansonsten offen gestanden hätten⁶⁰ – der Gang ins Ausland etwa wie Bruno Taut, der als „Baubolschewist“ in den Ruhestand geschickte Robert Vorhoelzer⁶¹ oder (bis 1937) Konrad Rühl –, sind seine persönlichen Umstände zu berücksichtigen. Sein Leben war nicht bedroht, nach der Ruhestandsversetzung gibt es keine Hinweise auf eine etwaige Verfolgung aus politischen Gründen. Dennoch musste er seinen Lebensunterhalt sicherstellen, und nicht nur seinen: Seine Schwester Charlotte, geb. 1889, führte mit ihm schon in Magdeburg einen gemeinsamen Haushalt. Die Bindung der beiden scheint sehr eng gewesen zu sein, er fühlte sich ihr wohl besonders verpflichtet. So berichtet er am 12.12.1972 an das Personalamt der Stadt Braunschweig: „Ich verdanke meiner Schwester treue Fürsorge und Hilfe während meines ganzen Berufslebens, besonders auch in der schwierigen Zeit“, betont er, „als ich von den Nationalsozialisten meines Amtes als Stadtbaurat von Magdeburg enthoben war.“ Die Berliner Zeit erwähnt er hier nicht. Und weiter: „Im Jahre 1949 lernte ich in Braunschweig Frau Hildegard Drüsedau kennen [eine Angestellte in der Stadtverwaltung]. Meine Schwester und ich waren seitdem mit ihr befreundet. Sie war ständiger Gast in unserem Haus“, ebenso ihre Tochter Heide, Architekturstudentin an der TH und seine Schülerin. „Mit Rücksicht auf meine Schwester, die ihr Leben ganz auf mich eingestellt hatte, blieb ich unverheiratet. Als meine Schwester im Alter von 80 Jahren [an Weihnachten 1969] gestorben war, habe ich mich am 20. April 1970 [also knapp vier Monate später] mit Frau Hildegard Drüsedau [geb. 1913] verheiratet“⁶² – nach etwa zwanzigjähriger Freundschaft. Das Brautpaar war 81 bzw. 56 Jahre alt. Die Annahme liegt nicht fern, dass Göderitz, obwohl 1936 unverheiratet und kinderlos, keineswegs so ungebunden war, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte.

Die Aufgaben der Geschäftsführung hatte zuvor der Architekt und Regierungsbauführer Walter Lehweß (Jg. 1875) wahrgenommen, eines der ersten Mitglieder und von Beginn an Schriftführer. In seinem Berliner Architekturbüro richtete er 1922 die erste Geschäftsstelle der Akademie ein. Damit sorgte er für den Zusammenhalt der Organisation, während die programmatische Ausrichtung von anderen verantwortet wurde.⁶³

Über die konkreten Aufgaben des geschäftsführenden Ratsmitglieds und seine Stellung innerhalb der Akademie ist, institutionell betrachtet, darüber hinaus noch wenig bekannt. Es darf jedenfalls nicht einfach angenommen werden, dass der Geschäftsführer eine mit heutigen Begriffen vergleichbar einflussreiche Position ausfüllte. Diese Frage könnte durch die Auswertung weiterer Archivquellen erhellt werden. Denn eine Aktenautopsie im Bundesarchiv Berlin ergab einen interessanten Befund: Im Bestand R 113, Reichsstelle für Raumordnung, befinden sich unter dem Klassifikationspunkt 1.11.2 „Deutsche Akademie für Städtebau“ insgesamt 37 Akteneinheiten.⁶⁴ Bei den eingesehenen Akten handelt es sich größtenteils⁶⁵ um Unterlagen der DASRL-Geschäftsstelle und nicht, wie die

⁶⁰ Schmidt 1988 z. B. beschreibt sein Handeln in der Zeit nach 1936 als „innere Emigration“ – was sicher als überzogen gelten kann –, und fragt sich, was ihn wohl dazu bewogen haben mag, nicht wie andere Architekten im Ausland weiter den hochbaulichen Arbeiten nachzugehen, vgl. S. 87.

⁶¹ Robert Vorhoelzer (1884-1954) war bis 1933 Professor an der TH München, ging, da er als Privatarchitekt ähnlich wie Göderitz kaum Aufträge erhielt, 1939 nach Istanbul und trat an der dortigen Akademie der schönen Künste die Nachfolge des verstorbenen Bruno Taut an. Vgl. Aicher 1990.

⁶² StadtA BS, E 11 II : 797, Bl. 263.

⁶³ Vgl. Düwel und Gutschow 2019, S. 72.

⁶⁴ <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/2b334776-f6ee-4f0a-ba39-c4882ec085f6/>.

⁶⁵ Lediglich ein kleiner Teil von R 113/2194, beschrieben als „Handakte Isenberg“ (Oberregierungsrat Dr. Gerhard Isenberg, Referent der Reichsstelle für Raumordnung), enthält einige Seiten aus dem Hauptbüro der Reichsstelle. Nach wenigen Schreiben, die eindeutig Isenberg zugehören, folgen Konzepte von auszufertigenden Schreiben Niemeyers und anderes Material aus der Geschäftsstelle, vieles davon von Göderitz paraphrasiert. Ein Zusammenhang zum Isenbergschen Teil ist (noch) nicht eindeutig, es könnte sich um eine spätere Vermischung handeln. Darauf deutet ein Vermerk auf Bl. 1 hin: „Muß vor dem Heften noch

Einordnung eigentlich erwarten ließe, der übergeordneten Reichsstelle. Die eingegangenen Schreiben liegen im Original vor, weisen Abzeichnungen auf und wurden mit weiteren internen Bearbeitungsmerkmalen versehen, etwa zdA-Verfügungen.

Die Akten kamen nach Kriegsende anscheinend vermischt mit anderem Material an das Berliner Hauptamt für Gesamtplanung des Westberliner Magistrats, später an die Außenstelle Berlin des Instituts für Raumforschung mit Sitz in Bad Godesberg. Ab 1959 wurden sie im Berliner Hauptarchiv bzw. Geheimen Staatsarchiv Berlin unter der Bestandssignatur „Rep 325“ erstmals erschlossen. Dabei wurde zwar der inhaltliche Zusammenhang mit der Akademie erkannt. Die eigentlich eigenständige Provenienz aus der Geschäftsstelle jedoch geht aus dem Verzeichnungskontext nicht hervor. Über die interne Organisation, die Verantwortungsrahmen und die Art der Kommunikation werden die Akten mit ihren Korrespondenzen und Protokollen, trotz der insgesamt fragmentarischen Überlieferung – vieles verbrannte bei einem Luftangriff in Berlin am 22.11.1943 in den Büroräumen der Akademie in der Linkstraße 7⁶⁶ – einigen Aufschluss geben können. Eine Analyse der inneren Struktur könnte sich unter anderem an folgenden Fragen orientieren: Welche Funktion der einzelnen Akteure ist erkennbar? Wer netzwerkte auf welcher Ebene mit wem? Wer beeinflusste welche Entscheidungen und wer traf diese letztlich? Die vorliegenden Hinweise jedenfalls deuten auf eine gegenüber Niemeyer weisungsgebundene Stellung hin und es scheint fraglich, ob man in Göderitz tatsächlich ohne weiteres eine in größerem Umfang eigenverantwortlich treibende Kommunikationsfigur der Akademie erkennen kann.⁶⁷

Die Bodenfrage in der DASRL und andere Arbeiten

Als Ansätze einer Ideengeschichte des Städtebaus 1925-1975 fassen Düwel und Gutschow einleitend vier wesentliche Themen ins Auge: „Auflockerung und Gliederung: die Stadtlandschaft“, „Stadtsanierung“, „Verkehr“ und „Sehnsüchte“.⁶⁸ Schon bei der Gründungsveranstaltung am 30.05.1922 hob der erste Präsident der Akademie, Cornelius Gurlitt, hervor, die Akademie wolle „nur das bearbeiten und erforschen, was für die Bewohner das Gesundeste, Schönste und Wirtschaftlichste“ sei. Den ‚guten‘ Städtebau betrachteten er und die anderen Gründungsmitglieder als „politikferne und damit überzeitlich gültige Hervorbringung“⁶⁹ in einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabenstellung. Jedoch: „Den selbstgesteckten Anspruch, leitende Forschungseinrichtung der Nation zu sein, konnte die Akademie nicht ansatzweise einlösen. Forschungsaufträge waren keine an sie herangetragen worden.“⁷⁰ Das änderte sich trotz aller Bemühungen auch in den kommenden Jahrzehnten nicht.

Im Mittelpunkt der Präsidentschaft des bereits erwähnten Joseph Brix (1926-1929) stand nichtsdestotrotz die Forderung nach einem städtebaulichen Reichsgesetz, das, seiner Denkschrift von 1927 zufolge, „endlich eine einheitliche Grundlage zur Durchsetzung von Planungen schaffen“ solle. „Dazu zählte auch eine grundlegende Reform des Bodenrechts, die auf planerische Enteignungsbefugnisse hinauslief.“⁷¹ Schon die verschiedenen Reformbemühungen des ausgehenden

einmal durchgesehen werden“; und die Notiz auf Bl. 2, linke Seite: "zu 2194? 2393?" verweist auf eine während der archivistischen Erschließung geplante Neuordnung. Eingesehen wurden R 113/2105, 2119, 2121, 2193, 2286 und 2194.

⁶⁶ Vgl. BArch R 113/2121, Niemeyer: „Das Gebäude der Berliner Stadtbank in Berlin W 9, Linkstr. 7, in dem sich die Räume der Hauptgeschäftsstelle unserer Akademie befanden, ist bei dem Luftangriff am 22. November 1943 vollständig ausgebrannt. Dabei sind Akten, Bücher, verschiedene Forschungsarbeiten usw. vernichtet.“

⁶⁷ Als „treibende Kraft“ sehen ihn etwa Düwel und Gutschow 2019, S. 303–304, und S. 306: „Als Geschäftsführer der Akademie behielt Göderitz in den Kriegsjahren in gewissem Sinne die Fäden in der Hand.“

⁶⁸ Vgl. Düwel und Gutschow 2019, S. 29–41.

⁶⁹ Ebd., S. 81, selbes Zitat S. 9.

⁷⁰ Düwel und Gutschow 2019, S. 86.

⁷¹ Düwel und Gutschow 2019, S. 101.

19. und beginnenden 20. Jahrhunderts hatten angesichts der mangelhaften hygienischen Verhältnisse in den Städten die mögliche Beschränkung von Eigentumsrechten und die Forderung nach rechtlich besser fundierten staatlichen Eingriffen im Blick.⁷² Die früheste Diskussion der „Bodenfrage“ findet sich bei Theodor Fritsch 1896.⁷³ Mehr noch: Zu den ältesten Visionen der Stadtplaner und Architekten gehörte die Vorstellung, mit ihren Mitteln und bei entsprechender Handlungsfreiheit das Verhalten der Menschen in gewissem Rahmen kontrollieren und steuern zu können, indem systematische Ordnungsmethoden bestimmte Formen des Sozialen förderten oder verhinderten.⁷⁴ Seit dem 19. und bis weit ins 20. Jahrhundert hinein hielt sich die Vorstellung, man brauche zur Durchsetzung vorbildlicher Lösungen lediglich ausreichend Vollmachten.⁷⁵ Allerdings waren die Möglichkeiten, den sozialen Raum gezielt zu verändern, in einem totalitären Staat selbstverständlich sehr viel weitreichender als in einer Demokratie. „Nicht ohne Grund“, so Dieter Münk, „ist die Disziplin der Raumforschung und -planung schließlich erst im Kontext des Dritten Reiches entstanden. [...] Ordnung und Organisation des Raumes [dienten] vor allem der sozialen Integration und der sozialen Kontrolle bzw. Disziplinierung.“⁷⁶

Zur Vorbereitung eines „Vorschlags für ein Reichsgesetz über städtebauliche Gesundungsmaßnahmen“ bildete die Akademie 1935 vier Ausschüsse: Innenstadtsanierung, Landesplanung, Bodenrecht und Baurecht. Zu den Mitgliedern im Ausschuss Bodenrecht unter der Federführung von Erich Heinicke zählte Johannes Göderitz, damals noch in Magdeburg. Obwohl man in Erwartung großer Aufgaben weitreichende Pläne hatte, blieb der Vorstoß weitgehend ohne Wirkung.⁷⁷ In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre kam es dann sogar eher zu einer Marginalisierung als zum Ausbau des eigenen Einflusses.⁷⁸ Ein Arbeitsergebnis des Bodenrechtsausschusses war die Formulierung von „Leit- und Grundsätzen für die rechtliche Verfassung des deutschen Raumes und Bodens“, 1936 publiziert in der Zeitschrift Monatshefte für Baukunst und Städtebau (Beilage Städtebau, S. 97-102), gefolgt von „Richtlinien für ein neues Planungs- und Baugesetz“ 1938 (als Manuskript vervielfältigt). An beiden hat Göderitz nach eigener Aussage maßgeblich mitgearbeitet.⁷⁹

Im Oktober 1938 wurde die Mitgliedschaft der Akademie in der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumordnung und die Anerkennung als Forschungsstelle des Reichsarbeitsministeriums verkündet,⁸⁰ zeitgleich war sie eine berichtspflichtige Forschungsinstitution der Reichsstelle für Raumordnung. Besonders ab 1942 widmete sie sich wieder verstärkt den Themen Städtebau, Verkehr, Planungs- und Baurecht sowie der „organischen“ Stadterneuerung, sie nahm jedoch auch Aufgaben im

⁷² Ebd., S. 146 und 183. „Deshalb wäre es vorschnell“, so die beiden Autoren ausdrücklich, „Niemeyers apodiktisches Verlangen als genuin nationalsozialistisch zu charakterisieren. Vielmehr ist festzuhalten, dass sich solche Vorstellungen auch nach einem Jahrzehnt nationalsozialistischer Herrschaft noch nicht durchsetzen konnten.“, S. 146, vgl. auch S. 141. Und schon 2001: „[Werner] Hegemanns Bilanz [1911] macht auch deutlich, vor welchem Hintergrund und leidvollen Erfahrungen die Profession der Städtebauer bis über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus ‚aufgelösten‘ Städten mit reichlich Licht, Luft und Grün entgegenfierte. Marchs [sic, gemeint ist manches] Verlangen nach einer starken, Ordnung schaffenden Hand, nach ‚Spitzhacke‘ und einer einzusetzenden ‚Blut- und Eisenpolitik‘, wird nur verständlich, wenn man sich an die dramatischen sozialen und hygienischen Probleme erinnert, die die Großstädte charakterisieren.“, Düwel und Gutschow 2001, S. 60.

⁷³ Vgl. Fritsch 1896 und Düwel und Gutschow 2001, S. 50–51.

⁷⁴ Vgl. Münk 1993, S. 13.

⁷⁵ Vgl. Düwel und Gutschow 2001, S. 54.

⁷⁶ Münk 1993, S. 14–15. In seiner soziologisch angelegten Dissertation beschäftigt er sich mit dem symbolischen Ausdruck nationalsozialistischen Machtanspruchs in der Architektur und Achsenplanung sowie mit der Frage, „ob der Nationalsozialismus eine gleichsam nationalsozialistisch spezifische Raumidee hatte und aus dieser Raumidee die Organisation des Raumes ableitete.“, S. 13.

⁷⁷ Düwel und Gutschow 2019, S. 137.

⁷⁸ Düwel und Gutschow 2019, S. 141.

⁷⁹ Er nennt sie in seiner Literaturliste vom 27.8.1945, in: UABS Best. B07 Nr. 285.

⁸⁰ Ebd., S. 250, nach der Zeitschrift für Raumforschung und Raumordnung, Heft 10, 1938, S. 489-499.

Zusammenhang der „Ostraumforschung“ wahr. Die Mitglieder bearbeiteten Aufträge für das Reichsverkehrsministerium (Nah-, Fern- und Fernschnellverkehr), der Reichsstelle für Raumordnung (Bodenwertsteigerung, Industrie, "Planungsgrundlagen i[n] d[en] besetzten russ[ischen] Gebieten"), des Reichsarbeitsministeriums, der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung ("Wissenschaftl[iche] Erforsch[ung] d[es] Ostraumes", Bäuerliche Siedlungsformen, "Neuordn[ung] d[es] mitteleuropäischen Raumes", "Neuordn[ung] d[er] Stadtlandschaftsgebiete"), für das Reichsministerium Speer ("Die lebensgesetzlichen Grundlagen d[er] Raumordnung", "Unters[uchung] über Bodenwertsteigerung", "Die zweckmäßige Hausform", "Unters[uchung] d[es] Ostraumes"), für den „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“: "Zweckmäßige Grösse d[es] Stadtgebietes u[nd] d[ie] Art ihrer Verwaltung". Für den Arbeitsstab Wiederaufbauplanung von Rudolf Wolters beschäftigten sie sich mit "Boden-, Planungs- und Baurecht", "Neuplanung der zerstörten Städte", "Der optimale Typ einer Mittelstadt", "Raumordn[ung] i[n] d[er] Neuplanung d[er] zerstörten d[eu]t[schen] Städte" sowie "Unters[uchung] über aufgelockerte Bebauungsweise" und "d[er] Einheitsmasse f[ür] Wohnungsgrundrisse".⁸¹ Die DASRL stellte sich zweifellos, das zeigt allein die Liste der Auftragsarbeiten, freiwillig in den Dienst der nationalsozialistischen Ideologie, nicht zuletzt angezogen von der Aussicht auf staatliche Durchsetzungsfähigkeit: „This all-powerful, ambitious, hyperactive state offered the tantalizing possibility of actually realizing plans to redesign old cities and regions by empowering technocratically minded planners to overcome long-standing legal, administrative and political obstacles.“⁸²

Diese Schwerpunkte finden sich in den Vortragsveranstaltungen der Landesgruppen der Akademie wieder. Aus den Programmen geht zudem hervor, womit sich Göderitz vor allem beschäftigte – den rechtlichen Grundlagen, Kernthema der Akademie seit ihrer Gründung, und Richtlinienfragen: Während Oberbaurat Josef Umlauf und Dipl.-Ing. Frank (Berlin) etwa am 23.3.1942 über Planung und Gestaltung der Städte bzw. des Landes "in den eingegliederten deutschen Ostgebieten" sprachen, hielt Göderitz am 17.4.1942 einen Vortrag über "Das künftige Planungs- und Baurecht" (Märkische Landesgruppe). Mit Dr.-Ing. Wolf (Dresden) folgten am 30.5.1942 "Forderungen an ein künftiges Planungs- und Baurecht" nach zwei Arbeitsgruppensitzungen zum Planungs- und Baurecht (Landesgruppe Mitteldeutschland). Reinhold Niemeyer sprach hingegen am 14.3.1942 über den "Ostraum und die Neugestaltung der Städte". Am 9./10.10.1942 war Göderitz zu Gast in Straßburg mit dem Thema "Die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen eines organischen Städtebaus" (Landesgruppe Südwestdeutschland), so auch am 8.12.1942 in Danzig (Landesgruppe Nordostdeutschland). Für die Landesgruppe Schlesien hielt er zuvor am 10.7.1942 ein Korreferat zu den bereits erwähnten "Forderungen an ein künftiges Planungs- und Baurecht", das Referat gehalten von Stadtbaurat a. D. Schmidt in Breslau.⁸³

Auch an anderen Ausarbeitungen der Akademie war Göderitz beteiligt. Wiederum unter der Leitung von Erich Heinicke, zu diesem Zeitpunkt Stadtbaurat in Kassel, entstand etwa die Arbeit „Richtlinien für die Ordnung und Beschaffung von Grünflächen in der Stadt- und Landesplanung“, abgeschlossen 1940, publiziert 1943 in der Zeitschrift Raumforschung und Raumordnung.⁸⁴ Im selben Jahr erschien die Arbeit „Die wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen einer organischen Stadtgesundheit und Stadterneuerung“ im Köhler-Verlag, für deren Abfassung Göderitz verantwortlich war.⁸⁵ Eine Arbeit

⁸¹ Aufgelistet in den Geschäftsberichten 1943/44, 1944/45 und 1945, BArch R 113/2119, s. auch R 113/2194. Ergebnisse dieser Aufträge sind nicht bekannt, so auch Düwel und Gutschow 2019, S. 300, und Pahl-Weber 1996, S. 150.

⁸² Diefendorf 2011, S. 100.

⁸³ BArch R 113/2119.

⁸⁴ Vgl. Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung 1943b.

⁸⁵ Vgl. Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung 1943a. Typoskript eines Berichts darüber in BArch R 113/2286.

über „Standortwahl und Geländeerschließung beim Behelfsheimbau“, ebenfalls von ihm verfasst, erschien 1945 ohne Nennung seiner Autorschaft in der Zeitschrift „Der Wohnungsbau in Deutschland“.⁸⁶ Von 1939 bis 1940 war er selbst Leiter einer Arbeitsgruppe der Akademie zur „Organischen Stadterneuerung“⁸⁷. Unter einer Auflistung der Arbeiten der Akademie, die mit seiner teils maßgeblichen Beteiligung entstanden, vermerkt er im August 1945: „Bei allen diesen Arbeiten wurde mein Name nicht genannt, um der Akademie politische Schwierigkeiten zu ersparen.“⁸⁸ Dies scheint mehr eine Erklärung für die Beanspruchung der durch fehlende Namensnennung nicht nachvollziehbaren Autorschaft zu sein, weniger eine vorgeschobene Entlastung. Gänzlich ungenannt blieb er nicht, denn in einschlägigen Handbüchern publizierte er unter seinem Namen: Für „Wasmuths Lexikon der Baukunst“ (1929-1937), das „Wörterbuch der Wohnungs- und Siedlungswirtschaft“ des Kohlhammer-Verlags (1938) und das „Taschenbuch für Bauingenieure“ im Springer-Verlag (1943) verfasste er zahlreiche Beiträge über Gebäude, Baugeschichte, Städtebau und Landesplanung, für das „Taschenbuch“ etwa den Beitrag „Städtebau“, ein „umfassendes Kompendium des Städtebaus in knappster Form auf 54 Seiten“.⁸⁹

Mit dem Arbeitsfeld „Ostforschung“ kam er anscheinend, neben diesbezüglichen Arbeiten und Vorträgen anderer Mitglieder der Akademie, die er zumindest zur Kenntnis genommen, wenn nicht sogar teilweise koordiniert hat, darüber hinaus vielleicht beratend in Kontakt.⁹⁰ 1943 gibt Josef Umlauf, Leiter der Abteilung Städtebau beim Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums (RFK), eine maschinenschriftlich vorliegende Zusammenstellung „Deutsches Schrifttum über Städtebau: Eine Auswahl für Studium und Praxis unter besonderer Berücksichtigung der städtebaulichen Aufgaben im Osten“⁹¹ heraus. In der Einleitung nennt er unter den Mitarbeitern vonseiten der Akademie auch Stadtbaurat a. D. Göderitz. Ausschlaggebend für dessen Beteiligung am Ausschuss könnte die berufliche Aus- und Weiterbildung von Planern gewesen sein, ein Spektrum, dem er sich sowohl vor als auch nach 1945 zunehmend widmete.

Zusammenfassend hebt Göderitz im Lebenslauf vom 18.7.1945 für die Zeit ab 1936 hervor:

„Im Rahmen der Akademie laufende Bearbeitung der Grundlagen des Städtebaus und der Raumordnung. Selbständige Ausarbeitungen und Mitarbeit bei allen Forschungsarbeiten der Akademie: Leitsätze und Richtlinien für Planung und Geländeerschließung, Boden- [und] Baurecht, Stadtgesundheit, Verkehr, Baugestaltung, Wiederaufbau zerstörter Städte usw. Viele Referate über diese Fragen. Gutachten. – Hauptschriftleitung des ‚Handbuchs des Städtebaus‘ (Verlag Wasmuth).“⁹²

Der Wiederaufbaustab

Großflächige Schäden nach Luftangriffen, unbewohnbare Gebäude, Verlust der historischen Bausubstanz – um die ab 1942 immer dringender werdenden Aufgaben des zukünftigen

⁸⁶ Typoskript in BArch R 113/2286.

⁸⁷ Vgl. Durth und Gutschow 1988, S. 221.

⁸⁸ Liste der Veröffentlichungen „auf dem Gebiete des Städtebauwesens und des Bauwesens“, 27.8.1945, UABS Best. B07 Nr. 285, Bl. 6.

⁸⁹ Ebd., Bl. 5.

⁹⁰ Die Angabe von Indrist 2021, S. 183, Göderitz hätte sich wie Niemeyer „schon in den 1930er Jahren mit Analysen und Planungskonzepten im Osten auseinandergesetzt“, ist ohne Beleg nicht nachvollziehbar.

⁹¹ Diese Schrift, herausgegeben vom Arbeitsausschuss „Bauen in den östlichen Siedlungsgebieten“ in Zusammenarbeit mit der Akademie, befindet sich im Nachlass von Josef Umlauf im Architekturmuseum der TU München, freundliche Auskunft von Dr. Anja Schmidt mit Hinweis auf weitere Manuskripte und Ordner, die einen näheren Blick lohnen würden. Knoch 1999, S. 299f. betont den Umstand der „beratende[n] Mitarbeit“ im Arbeitsausschuss zu sehr und ohne Kontextualisierung. Vgl. zu Umlauf u. a. Zakrzewski 2009.

⁹² StadtA BS, E 11 II : 797, Bl. 4.

Wiederaufbaus nach seinen Vorstellungen gestalten zu können, ließ sich Albert Speer, Generalbauinspektor der Reichshauptstadt und Minister für Rüstung und Kriegsproduktion, von Adolf Hitler mit entsprechenden Vollmachten für die Beaufsichtigung der städtebaulichen Planungen ausstatten. Im Reichsgesetzblatt vom 26. Oktober 1943 erschien ein entsprechender „Erlaß des Führers über die Vorbereitung des Wiederaufbaus bombengeschädigter Städte“. Die Leitung des „Arbeitsstabs Wiederaufbauplanung zerstörter Städte“ übernahm Speers langjähriger Mitarbeiter Rudolf Wolters. Organisatorisch bildete der Stab eine selbstständige Einheit, die dem Reichsminister direkt unterstellt wurde.⁹³

Wolters wählte in der Folge neben einigen festen Mitarbeitern eine Reihe von Architekten für die Zusammenarbeit aus, darunter Hanns Dustmann, Ernst Neufert, Herbert Rimpl, Friedrich Hetzelt, Friedrich Tamms, Reinhold Niemeyer und Konstanty Gutschow. „Mit diesem Kreis von Planern wurden Verbindungen gesichert, die sich weit über 1945 hinaus – auch für neue Karrieren – als tragfähig erweisen sollten.“⁹⁴ Im Juli 1944 wurde ein vorläufiger Geschäftsverteilungsplan erstellt, demzufolge Gutschow für Richtwerte und Niemeyer für Raumordnung und Eisenbahnanlagen verantwortlich waren.⁹⁵ Weder unter den Beratern und Referenten noch unter den Beauftragten oder gar im engeren Arbeitskreis ist Johannes Göderitz zu finden. Er gibt im Entnazifizierungsverfahren und im Lebenslauf vom 18.7.1945 selbst an, für den Arbeitsstab tätig gewesen zu sein – wie und in welchem Umfang ist jedoch nach derzeitigem Stand schwer zu sagen. Er schreibt: „1943 abgeordnet im Kriegseinsatz als Referent zur Landesplanungsgemeinschaft Mark Brandenburg sowie zur Abt. Techn. Planung – Wiederaufbau zerstörter Städte – im Reichsministerium Speer, Berlin.“⁹⁶

Er war jedenfalls weder Leiter der Märkischen Landesgruppe der Akademie, wie Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers in ihrem Katalog „Das Berliner Mietshaus 1945-1989“ von 1989 annehmen (er war vielmehr in einer Doppelfunktion auch deren Geschäftsführer unter dem Leiter Dr. Rendschmidt⁹⁷), noch direkt beauftragt, die Aufgabe der Raumordnung für den Stab zu bearbeiten.⁹⁸ Nach wie vor aber war Göderitz Niemeyer unterstellt, der ihn offenbar tatsächlich an vielen Aufgaben mit Arbeitsaufträgen beteiligte. So berichtete der Landesrat am 15. August 1944 an Direktor Kühne von der Fachgruppe Bauwesen im NSBDT:

„Herr Göderitz führt seit 1936 die Geschäfte der Akademie und zugleich der Märkischen Landesgruppe. Der Aufgaben des Arbeitskreises Städtebau, Reichs- und Landesplanung im NSBDT hat er sich mit besonderem organisatorischem Geschick angenommen. Obwohl ich

⁹³ So auch zu sehen auf dem Geschäftsverteilungsplan vom 01.10.1944, BArch R 3/461. Insgesamt sind die schnell wechselnden Zuschnitte und Zuständigkeitsbereiche ebenso wie die innere Organisation des Reichsministeriums insbesondere in den letzten Kriegsjahren im Einzelnen schwer nachvollziehbar. Zum Ministerium vgl. Janssen 1968.

⁹⁴ Durth und Gutschow 1988, S. 59. Zum Wiederaufbaustab vgl. ebd., S. 55-118. Die Namen weiterer Berater und Referenten folgen auf S. 61.

⁹⁵ Ebd., S. 62, mit Verweis auf das Original im Nachlass von Konstanty Gutschow im Hamburger Staatsarchiv.

⁹⁶ StadtA BS, E 11 II : 797, Bl. 4v.

⁹⁷ Vgl. BArch R 113/2119.

⁹⁸ Vgl. Geist und Kürvers 1989, S. 108f.: „Reinhold Niemeyer [ist] innerhalb des engeren Arbeitsstabes für die Wiederaufbauplanung für die Raumordnung zuständig. Niemeyer übergibt die Bearbeitung der Aufgabe dem Leiter der Märkischen Landesgruppe der Akademie, Johannes Göderitz. Der wiederum beruft im März und April 1944 zwei Arbeitstagungen ein, zu denen neben Vertretern der Deutschen Akademie für Städtebau auch Vertreter des Reichswohnungskommissars (RWK), des Reichsluftfahrtministeriums (RLM), des Reichsarbeitsministeriums (RAM), der Reichsstelle für Raumordnung und auf dem zu behandelnden Gebiet besonders erfahrene Fachleute und Architekten geladen werden. Die Besprechungen finden in den Räumen der Akademie in der Knesebeckstr. 8/9 in Charlottenburg statt.“ Zu den Arbeitsgruppensitzungen lud jedoch grundsätzlich Dr. Rendschmidt, nicht Göderitz.

ihn ihm Kriege seit längerer Zeit bei vordringlichen Aufaben [sic] einsetzen musste, ist er daneben noch mit besonderem Interesse bei den als kriegswichtig anerkannten Arbeiten der Akademie und des Arbeitskreises tätig, u.a. bei den Aufgaben des städtebaulichen Luftschutzes, der Behelfsheimaktion und bei der Wiederaufbauplanung der zerstörten Städte.“⁹⁹

Deshalb befürwortete Niemeyer die von Kühne angeregte Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes II. Klasse, das Göderitz dann auch erhielt.¹⁰⁰ Über Niemeyer wird auch die im Entnazifizierungsfragebogen angegebene Tätigkeit bei der Landesplanungsgemeinschaft Mark Brandenburg 1943-1944 erfolgt sein, dessen Leiter der Landesrat war.¹⁰¹ 1942 organisierte er einen städtebaulichen Lehrgang für die freiberuflichen Architekten der Mark Brandenburg und hielt Vorlesungen.¹⁰²

Auf einer Arbeitssitzung der Märkischen Landesgruppe im März 1944 zum Thema „Künftige Gestaltung der Städte unter Berücksichtigung der Luftkriegserfahrungen“ berichtete Göderitz über den Stand der Arbeiten an Richtlinien für Luftschutzmaßnahmen. Die Ausarbeitung erfolge auf Aufforderung Speers.¹⁰³ Von diesem Auftrag an die Akademie berichtete er auch am 23.10.1944 in einem Schreiben an Karl Otto, in dem er den Luftschutzexperten und Oberregierungsbaurat in Tangermünde um dessen Mitwirkung bittet.¹⁰⁴ Auf einer zweiten Sitzung im April 1944 referierte Göderitz über die „Neuplanung der durch Kriegseinwirkung zerstörten Städte“, im Juli 1944 über die „städtebaulichen Auswirkungen der aufgelockerten Bebauungsweise“. Im November fasste er die „Arbeiten der Akademie auf dem Gebiete der Wiederaufbauplanung und des städtebaulichen Luftschutzes“ zusammen; im Dezember desselben Jahres sprach er über „Die Bestform der Stadt. Der Weg zum gesunden, leistungsfähigen Stadtorganismus durch Auflockerung und Gliederung“, bevor Roland Rainer, ein Vertreter der im NS aufstrebenden jungen Elite und seit 1943 Mitglied der DASRL,¹⁰⁵ über die „Erschließungsfragen der aufgelockerten und gegliederten Stadt“ informierte.¹⁰⁶

Wie es scheint, zog Göderitz zusammen mit Niemeyer und anderen Anfang 1945 aus Berlin nach Wriezen in ein Barackenlager um, wo auch Speer sein Hauptquartier einrichten ließ und der Arbeitsstab Wiederaufbauplanung seiner Tätigkeit nachging. Hubert Hoffmann berichtete im Gespräch mit Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers im November 1987 aus der Erinnerung an diese letzten Kriegstage:

„Wir sind 1945, als die Arbeit in Berlin nicht mehr möglich war, weil wir ständig nur noch im Luftschutzkeller saßen – die ‚Gegliederte und aufgelockerte Stadt‘ haben wir, Roland Rainer und ich, übrigens angefangen, im Luftschutzkeller unterm Potsdamer Platz zu schreiben –, nach Wriezen verlagert worden. [...] Die Leitung hatte Niemeyer, [...] jedenfalls hatte er eine hohe Position und hatte ja in seinem Stab gleichzeitig auch die Akademie für Städtebau und

⁹⁹ Reinhold Niemeyer an Direktor Kühne, abgezeichnetes Konzept vom 15.8.1944, in: BArch R 113/2286.

¹⁰⁰ Angabe im Entnazifizierungsbogen, UABS B7 Nr. 285.

¹⁰¹ Vgl. dazu u. a. Diefendorf 2011.

¹⁰² StadtA BS, E 11 II : 797, Bl. 4v.

¹⁰³ Geist und Kürvers 1989, S. 109, mit Verweis auf Sammlung Baukunst, Nachlass Hans Scharoun Mag 2/11.

¹⁰⁴ Johannes Göderitz an Karl Otto, abgezeichnetes Konzept vom 23.10.1944, in: BArch R 113/2194.

¹⁰⁵ Zu Rainer vgl. Platzer 2021.

¹⁰⁶ Einladung des Vorsitzenden Dr.-Ing. Rendschmidt in: BArch R 113/2121. Zur Arbeitsgruppensitzung am 24.4.1944 heißt es in der Einladung: „Zuerst wird Stadtbaurat a. D. Göderitz über die Vorarbeiten der Akademie berichten. Es sollen insbesondere die wirtschaftlichen, rechtlichen, sozialen und gestalterischen Grundlagen erörtert werden, um hieraus die Folgerungen für die raumpolitischen und städtebaulichen Maßnahmen zu ziehen.“ Vgl. dazu die Auszüge aus den Protokollen im Nachlass Hans Scharoun in Geist und Kürvers 1989, S. 108-120.

den Wiederaufbaustab deutscher Städte. Da war Göderitz, der für Ordnung sorgte. Das war dort ein ziemlich wilder Haufen von Kommunisten, Juden, Halbjuden, Bauhäuslern – weil er [Niemeyer] genau wußte: Das sind Leute, mit denen er so etwas machen kann.“¹⁰⁷

Niemeyer, sagte Hoffmann mit dem Abstand mehrerer Jahrzehnte, habe durchaus mit ihm und anderen der „Freitagsgruppe“ diskutiert, was „da“, also im Falle eines verlorenen Krieges, „zu machen war. Er war selber ein Mann, der keineswegs überzeugt war, er war eine zweischneidige Persönlichkeit. Der war sicher Pg. [Parteigenosse], war ein alter Corps-Student mit fürchterlich viel Schmissen. Auf der anderen Seite war er der modernen Bewegung sehr zugetan. Hatte zwei Seelen in seiner Brust. Das gab es auch.“¹⁰⁸

Eine enge Mitarbeit im Arbeitsstab Wiederaufbauplanung ist auch für die Zeit in Wriezen nicht zwingend anzunehmen. Göderitz wird weder in den erhaltenen Niederschriften der fünf Tagungen erwähnt¹⁰⁹, noch ist er im Zwischenbericht über den Stand der Planung vom 6. November 1944 unter den Bearbeitern zu finden.¹¹⁰ Aufschlussreich ist zudem die weitere Entwicklung nach 1945. Nicht nur führten nicht wenige Planer die Planungen der ihnen zugeteilten Städte weiter (Hillebrecht und Gutschow in Hannover etwa oder Tamms in Düsseldorf). Der Arbeitszusammenhang des Stabs bildete wie erwähnt „ein enges Geflecht persönlicher und sachlicher Beziehungen, die weit über 1945 hinausweisen.“¹¹¹ Auf Einladung von Wolters traf sich ein Kreis aus ehemaligen Mitarbeitern 1947 auf Burg Anholt – daher der Name Anholter Kreis bzw. Anholter Tagung –, 1949 und 1950 bei Wolters in Coesfeld. Unter den Anwesenden war neben Konstanty Gutschow, Karl Maria Hettlage, Fritz Tamms¹¹², Hanns Dustmann, Ernst Neufert, Karl Berlitz, Friedrich Hetzelt und (zumindest 1949) dem Verleger Günther Wasmuth auch Reinhold Niemeyer (1949 und 1950). Johannes Göderitz, bereits Stadtbaurat von Braunschweig, war hingegen nicht dabei. Es gibt nach derzeitigem Stand der Erkenntnisse keinen Hinweis darauf, dass er überhaupt eingeladen war oder anderweitig mit dem Kreis in näherem Kontakt stand.¹¹³

Ein umfassendes Netzwerk von Kontakten hatte sich hingegen der Hamburger Architekt und Planer Konstanty Gutschow aufgebaut. Im Arbeitsstab war er Wolters' Vertreter und bald wohl der eigentliche Organisator. Mit umfangreichen Briefwechseln wurde er „in verschiedenen Aufgabenbereichen tätig und definiert dabei die Zuständigkeiten des Stabs so eigenständig, daß er sich in seinem weitgespannten Korrespondentennetz schließlich gegen die Annahme verwehren muß, er sei der Leiter des Arbeitsstabs.“¹¹⁴ Besonders für den Bereich „Richtwerte“ zuständig und damit befasst, daraus eine allgemein verbindliche Planungslehre auf statistischer Grundlage zu entwickeln, schrieb er zahlreiche Architekten und Planer an, forderte sie zur Mitarbeit auf und verband sie auch persönlich untereinander. Unter den Gesprächspartnern war neben Gerhard Isenberg (zur Stadttypologie) und Hans Bernhard Reichow (zu Industrie- und Gewerbeansiedlung)

¹⁰⁷ Zitiert nach der Niederschrift in Geist und Kürvers 1989, S. 118.

¹⁰⁸ Ebd., S. 118f.

¹⁰⁹ Volltext aus dem Besitz von Hans von Hanffstengel abgedruckt in Durth und Gutschow 1988, S. 110-112.

¹¹⁰ Volltext aus dem Nachlass von Konstanty Gutschow im Staatsarchiv Hamburg abgedruckt in ebd., S. 113-118. Auch auf einem Foto, das die Männer des engeren Arbeitsstabs beim gemeinsamen Essen zeigt, ist er nicht abgebildet, vgl. ebd., S. 7, ohne Quellenangabe (Nachlass Gutschow?). Und ob er in Wriezen tatsächlich „unbeirrt an den Konturen einer ‚organisch gegliederten, aufgelockerten Stadt‘ gearbeitet“ hat, wie Gutschow 2001, S. 180, vermutet, muss, da ohne Beleg, offen bleiben.

¹¹¹ Durth und Gutschow 1988, S. 83.

¹¹² Tamms wird 1964-1968 Präsident der DASL.

¹¹³ Vgl. Deschan 2013, v. a. S. 183, und Durth und Gutschow 1988, S. 60/61. Bei einem anderen Treffen namhafter Architekten seiner Zeit war Göderitz dabei: Auf Einladung von Rudolf Hillebrecht und Werner Hebebrand trafen sich mehr als 40 Kollegen im Sommer 1951 in Hannover. Vgl. dazu Durth 1988, S. 322.

¹¹⁴ Durth und Gutschow 1988, S. 63, vgl. auch S. 67 und S. 186.

auch Johannes Göderitz – Thema war die Festlegung einer Planungsterminologie und, der Austausch hatte bereits 1942 begonnen, Gutschows Ordnungsmodell der „Ortsgruppe als Siedlungszelle“¹¹⁵. Göderitz hatte ihn damals gebeten, dieses Konzept in einem Artikel für das geplante Handwörterbuch zusammenzufassen.¹¹⁶

Die Abteilung Technische Planung Ost

Im Geschäftsverteilungsplan des Rüstungsministeriums vom 1.10.1944¹¹⁷ ist neben dem Arbeitsstab Wolters eine Abteilung „Technische Planung Ost“ ausgewiesen, Reichsminister Speer direkt unterstellt und geleitet von Landesrat Niemeyer. Aufgaben, Organisation und Wirkung dieser Abteilung sind überlieferungsbedingt nur schwer zu greifen, eine genauere Untersuchung liegt meines Wissens nicht vor.¹¹⁸ Nur wenige Unterlagen sind im Bestand des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion (R 3) erhalten, v. a. eine dünne Akte mit dem Titel „Planung Ost“ des Bundesarchivs (BArch R 3/4123, Originaltitel „Planung Ost“), geführt von einem Mitarbeiter, Ministerialrat Dr. Westmeyer.¹¹⁹ Neben Konzepten, Vermerken und einem schematischen Gliederungsplan (ohne Namen) befindet sich darin die Abschrift der „4. Ausführungsanordnung zum Erlaß des Führers über den Einsatz der Technik in den neu besetzten Ostgebieten vom 9.6.42“, verfügt von Speer am 22.7.1942, Betreff: „Technische Planung“:

- „1.) Zur Durchführung einer übergeordneten technischen Planung in den besetzten Ostgebieten wird eine Abteilung ‚Technische Planung Ost‘ gebildet, deren Leiter mir unmittelbar [sic] untersteht.
- 2.) Der Abt. ‚Technische Planung Ost‘ obliegen folgende Aufgaben: a) Vorbereitung einer grundsätzlichen Planung des Städtebaues, der Landstraßen, Wasserstraßen und Kulturbauten in den besetzten Ostgebieten. b) die Bearbeitung aller von den Reichskommissaren und

¹¹⁵ Zum Konzept u. a. ebd., S. 178-186, Pahl-Weber 1985 und Pahl-Weber 1986 sowie Münk 1993 und Kuchenbuch 2014, S. 141-161.

¹¹⁶ Vgl. Durth 1988, S. 220, und Kuchenbuch 2014, S. 150. Die Korrespondenz, die sich im Nachlass Gutschows im Staatsarchiv Hamburg (Best. 621-2/11, <https://recherche.staatsarchiv.hamburg.de/ScopeQuery5.2/detail.aspx?ID=5562>) befindet, kann diesbezüglich noch ausführlicher analysiert und kontextualisiert werden, u. a. Nr. B 11/9 (<https://recherche.staatsarchiv.hamburg.de/ScopeQuery5.2/detail.aspx?ID=2655375>). Zur Vernetzung der Kollegen vgl. auch den Bericht von Wilhelm Wortmann, Zur Person, in: Ahuis und Müller 1968, S. 93, über seine erste Begegnung mit Göderitz in Hamburg.

¹¹⁷ Vgl. BArch R 3/461.

¹¹⁸ Die wenigen Erwähnungen in der Literatur bleiben oberflächlich, z. B. Geist und Kürvers 1989, S. 111: „Ab 1942 leitet Niemeyer die [!] Forschungs- und Planungsabteilung für den Ostraum.“ – hier ohne Berücksichtigung des parallel existierenden „Generalplans Ost“ von Konrad Meyer. Münk 1993, S. 489, verlegt die „Forschungs- und Planungsabteilung für den Ostraum“ organisatorisch gar zur SS. Die irreführende Benennung der Abteilung geht zurück auf Tamms 1970, S. 2110: „Als ihm 1942 die Leitung einer [!] Forschungs- und Planungsabteilung für den Ostraum übertragen wurde, kam die Prager Arbeit zum Erliegen. Doch die Zeit [gemeint ist die Kriegsentwicklung] ließ die neue Institutstätigkeit Niemeyers, die hauptsächlich auf bodenkundliche, wasserwirtschaftliche und großräumige Zusammenhänge gerichtet war, sehr schnell zum Erliegen kommen. Seine raumplanerischen Ideen, fern jeder Realpolitik, wurden durch die tatsächliche Entwicklung überspült.“ Vgl. zur Abteilung Düwel und Gutschow 2019, S. 239 und S. 300-302, gestützt v. a. auf eine Aufzeichnung von Hans Groß, aufgenommen oder abgeschrieben in Hubert Groß, „Sonnen und Brunnen – Geschichte und Geschichten unserer Familie“, 1976, Kopie (Besitz Niels Gutschow), und Indrist 2021, S. 182-183.

¹¹⁹ Vgl. auch BArch R 3/1313, Einsatz von OT und Technik in den besetzten Ostgebieten. Eine für oder von Niemeyer persönlich geführte „H[and]-A[kte] Pl[anung] Ost, Organisation“, die in BArch R3/4123 erwähnt wird (Vermerk vom 12.3.1943) ist nicht aufzufinden.

Generalkommissaren geäußerten planerischen Anregungen auf den im Erlaß des Führers vom 9. Juni 1942 festgelegten Gebieten mit Ausnahme der Energiewirtschaft.“¹²⁰

Niemeyer wird hier noch nicht namentlich genannt, die Einsetzung erfolgte also später, aber vor Januar 1943. Am 14.1.1943 gibt er als Abteilungsleiter Anweisungen für den Geschäftsablauf, denn „beim Aufbau der Abteilung Ost haben sich im inneren Verkehr Anfangsschwierigkeiten ergeben, die ich infolge der Vordringlichkeit unserer Aufgaben schnellstens beseitigen muss.“¹²¹ Für die Organisation des Geschäftsbetriebs ist Gerhard Hoefs verantwortlich.¹²² In einem Vermerk vom 12.3.1943 werden außerdem Prof. Flörke¹²³, Westmeyer, Lagemann, Dr. Mahr, Dr. Ostendorff, Dipl.-Ing. Kiwull und Lange genannt. Göderitz hingegen wird in der Akte an keiner Stelle erwähnt, ebenso wenig sein ehemaliger Magdeburger Kollege Konrad Rühl, den Niemeyer in der Abteilung „als eigenen Mitarbeiter verpflichtet“ habe, und Hubert Hoffmann, der im Winter 1943/44 hinzukam.¹²⁴

Die Vermutung einer Verbindung zur Abteilung speist sich aus zwei bzw. drei anderen Quellen: So konkretisiert Göderitz im Entnazifizierungsfragebogen seine Tätigkeit für das Reichsministerium in der Abteilung „Technische Planung“ teilweise nicht weiter (und „Ost“ und „Wiederaufbau“ sind damit nicht mehr auseinanderzuhalten) – verschwiegen hat er diese Tätigkeit insgesamt jedoch keineswegs.¹²⁵ Außerdem unternahm er nach eigenen Angaben zwei entsprechende Dienstreisen in den Osten: im März 1944 nach Riga („Besichtigung der Stadt und der Wiederaufbaupläne [...]. Reisekostenvergütung Abteilung Techn[ische] Planung Reichsmin[isterium] Speer. Besuch Techn[isches] Zentralamt“) und im Mai nach Krakau („Besichtigung der Stadt u[nd] städtebaul[ichen] Pläne [...]. Reisekosten wie vor“).¹²⁶ Es liegt nahe, dass es sich um Reisen handelt, bei denen Göderitz seinen Vorgesetzten in dessen Verantwortungsbereich begleitet hat.

Ausschlaggebender sind eine Namensliste im Bestand R 9361-VI des Bundesarchiv Berlin aus dem aufgelösten Berlin Document Center¹²⁷ sowie eine Karteikarte¹²⁸ in der NSDAP-Zentralkartei, Best. R 9361-VIII. Beide Quellen sind jedoch nicht ohne weiteres zu interpretieren – weder ihr Entstehungskontext noch ihr Zusammenhang sind eindeutig.

¹²⁰ BArch R 3/4123. Vgl. auch BArch R 3/1313: Erlass Hitlers mit 1., 2. und 4. Ausführungsanordnung Speers.

¹²¹ BArch R 3/1313.

¹²² Gerhard Hoefs, 1900-1970, NSDAP-Mitglied seit 1933, von 1934-1945 Stadtbaurat von Frankfurt/Oder und Mitglied der Landesplanungsgemeinschaft Mark Brandenburg. Nach dem Krieg in Mainz tätig, dann bis 1956 Technischer Beigeordneter der Stadt Rheydt. 1957 bis 1970 Geschäftsführer der DASL. Innerhalb der Abteilung Niemeyers war er für die Ukraine vorgesehen, so Düwel und Gutschow 2019, S. 301 (Quelle Hans Groß?).

¹²³ Friedrich Flörke, 1888-1983, studierte Bauingenieurwesen in Hannover, Dr.-Ing., Regierungsbauauführer der preußischen Eisenbahndirektion in Saarbrücken, ab 1919 Unternehmer in Springe und 1924-1934 Wissenschaftlicher Assistent in Hannover, 1935-1942 ordentlicher Professor für Linienführung und Allgemeines Verkehrswesen an der TH Danzig, ab 1943 „Gruppenleiter“ bei Niemeyer. Mitglied der SS und SA (1933-1937), ab 1936 der NSDAP. Ab 1958 in der Rechtsstellung eines emeritierten Professors an der TH Hannover. Vgl. Jung 2020, S. 206 (allerdings ohne Quellenangabe). In der Abteilung für Verkehrsfragen verpflichtet, so Düwel und Gutschow 2019, S. 301.

¹²⁴ Vgl. Düwel und Gutschow 2019, S. 301 (Quelle Hans Groß?). Rühls Abordnung „in das Reichsministerium Speer, Abt. Landesplanung“ vermerkt auch Gisbertz 2000b, S. 151, Hoffmanns Versetzung (zur DASL?) erwähnen Durth und Gutschow 1988, S. 221, und verweisen auf persönliche Auskunft.

¹²⁵ Das meinen Düwel und Gutschow 2019, S. 304, allerdings mit Verweis auf einen Lebenslauf von 1970 (als Göderitz bereits 82 Jahre alt war), der sich im Besitz Gutschows befindet und dessen Entstehungszusammenhang dabei unklar bleibt. In den relevanten Unterlagen seiner Einstellung nach 1945 hat Göderitz die Tätigkeit für das Reichsministerium angegeben.

¹²⁶ Vgl. UABS B07 Nr. 285. Außerdem reiste er am 30. und 31.12.1940 nach Prag zur „Besichtigung der Stadt und der städtebaulichen Pläne [...]. Besuch d[er] Planungskommission. Reisekostenvergütung durch sie.“

¹²⁷ BArch R 9361-VI/6763, alte Signatur VBS 340 / 8460 000010.

¹²⁸ BArch R 9361-VIII Kartei / 9000511.

Bei der Karte handelt es sich nicht um den Nachweis einer NSDAP-Mitgliedschaft. Die Karteikarte beinhaltet neben dem Namen (Kopfzeile), Geburtsdatum und -ort die Dienststellung „Referent“, Amtsbezeichnung „Stadtbaurat a. D.“, angestellt am „1.10.1943“, abgeordnet von „Akademie für Städtebau“, Dienststelle „Abteilung Techn. Planung Ost“ mit Telefonnummer und die Wohnung am Dienstort, „Kleichmachnow, Heimdallstraße 90“. Die vorgesehenen Felder Familienstand, Kinder, ausgeschieden am und Heimatanschrift sind nicht ausgefüllt. Auf der Rückseite befindet sich ein Stempel: „ohne Akten“, die Kopfzeile trägt ebenso einen Stempel: „Speer“, Großbuchstaben in einem Rechteck.

Derselbe Stempel findet sich auf der Namensliste wieder. Es handelt sich um zwei mit Schreibmaschine beschriebene Blätter, die in der linken oberen Ecke vormals getackert waren. Die Tabelle enthält die Spalten „Name/Vorname“, „Geb.Datum“, „Beruf“, „Heimatanschrift“, „1) Letzter Tätigk.Ort / 2) vermutl. Aufenthalt“, letztere Spalte bei allen Zeilen leer. Der Tabellenkopf ist kopiert, die Linien mit Bleistift gezogen, eine ausgefüllte Vorlage also, die vermutlich für mehrere Ministeriumsabteilungen angelegt wurde. Die Überschrift lautet „Technische Planung Ost“, darüber eingekreist und mit rotem Stift geschrieben „11“. Die Rückseite zeigt einen Blanko-Briefkopf "Der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion". Die Liste enthält neben Göderitz, Roland Rainer und Niemeyer 11 weitere Namen.¹²⁹ Nur Gerhard Hoefs, Ernst Kiwull und der Wasserbaudirektor Dr. Georg Mahr werden auch in der Handakte von Dr. Westmeyer erwähnt.

Der Bestand R 9361-VI umfasst die „Sammlung Berlin Document Center (BDC): Personenbezogene Unterlagen von Gliederungen der NSDAP und angeschlossenen Verbänden“. Schon im Mai 1945 hatte die amerikanische Besatzungsmacht mit der Sicherung und Sammlung von Dokumenten und Akten aus den sich auflösenden NS-Stellen und Ministerien begonnen.¹³⁰ Gemäß dem vorrangigen Ziel der BDC, „which was the support of war crimes investigations and denazification“, wurden die Bestände im Laufe der Zeit nicht nach dem sonst üblichen Provenienzprinzip im Entstehungszusammenhang bewahrt: „Rather than leave the records in their original file order, the early BDC used the names of individuals as the organizing principle. Record collections were reorganized along biographic lines destroying the original provenance and replacing it with an efficient system for gathering information on individuals.“¹³¹ Während einzelne personenbezogene Informationen so schneller auffindbar waren, ist der ursprüngliche Kontext durch die Auflösung des Registraturguts nicht mehr nachvollziehbar.

Deshalb bleibt zumindest vorerst unklar, wann und von wem die „Speerlisten“ geschrieben wurden – die zugehörige Film Series der BDC 8460 wird lediglich beschrieben mit: „These files contain lists of people employed by the Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion“.¹³² Ebenso unklar ist, von wem die Karteikarte angelegt wurde, die innerhalb der Zentralkartei recht ungewöhnlich ist. Ob sie tatsächlich bei der NSDAP-Parteizentrale entstand, muss offen bleiben. Vielleicht handelt es sich auch um ein Verweisungsinstrument der BDC. Denn der Stempel „Speer“ ist bei einer späteren

¹²⁹ Walther Becker, geb. 5.2.1886, Referent und Oberregierungsrat; Gaston de Carbonnel, geb. 30.6.1906, Referent; Dr. Gustav Haber, geb. 21.1.1902, Ingenieur und Geologe in München; Gerhard Hoefs, geb. 7.11.1900, Referent und Stadtbaurat; Ernst Kiwull, geb. 7.2.1901, Dipl.-Ing.; Gustav Lambert, 25.10.1889, Ing.; Erich Laube, geb. 29.8.1904, Referent und Inspektor; Dr. Georg Mahr, geb. 27.8.1896, Referent und Wasserbaudirektor; Hans Mittmeyer, geb. 4.12.1901, Referent und Oberbaurat; Hannes Schoof, geb. 16.7.1895, Regierungsbaumeister a. D. und Alfred Sikorski, geb. 14.2.1892, Referent und Oberbaurat. Bis auf die Namen von Göderitz, Haber und Hoefs sind alle anderen Namen abgehakt. Rühl und Hoffmann fehlen auch hier, ebenso Hubert Groß.

¹³⁰ Zur Geschichte des BDC vgl. Wolfe 1994 und Krüger 1997. Die Verzeichnung der in den 90er Jahren übergebenen Sammlungen in der Archivdatenbank Invenio ist noch in Bearbeitung.

¹³¹ Leaman 1994, S. 4.

¹³² The Berlin Document Center 1994, S. 238.

Bearbeitung hinzugefügt worden: „Stamped markings“ wie dieser „were used for many years on the back of the Ortsgruppen cards to indicate that another file or document about the individual was available in the particular collection indicated by the above stamps and other handwritten markings.“¹³³ Zu Göderitz liegen, so der Hinweis „ohne Akte“, jedoch keine weiteren Unterlagen vor. Nicht ausgeschlossen ist, dass die die Liste anhand der Karteikarten geschrieben wurde; etwas wahrscheinlicher scheint aber eine nicht mehr nachvollziehbare gemeinsame Quelle, vielleicht aus dem Bereich der Gehaltsabrechnungen. Vor weiteren Schlüssen jedenfalls ist die Fortsetzung der Recherche im Bundesarchiv nötig – weder seine Stellung noch seine Aufgaben in der Abteilung, von Zuarbeiten an Niemeyer abgesehen, sind nachvollziehbar.

Die aufgelockerte und gegliederte Stadt – die Stadt als Organismus

1957 wurde eine Schrift mit dem Titel „Die gegliederte und aufgelockerte Stadt“ im Verlag Wasmuth fast unverändert neu aufgelegt, die bereits im Januar 1945 auslieferungsbereit in einer kleinen Druckerei in Burg bei Magdeburg lag, als Bombentreffer ein Erscheinen verhinderten. Sie war schon lange vor ihrem Erscheinen inhaltlich bekannt. Hubert Hoffmann berichtete im Gespräch 1987, wie diese Forschungsarbeit der DASRL entstand: Er und Roland Rainer hätten „angefangen im Luftschutzkeller unterm Potsdamer Platz zu schreiben“ und die Arbeit in Wriezen fortgesetzt, teils noch unter Beschuss der heranrückenden russischen Truppen, mit dabei ein ungenannter Bauingenieur und Eugen Blanck, Niemeyers Mitarbeiter bei den Planungen für Prag und später Stadtbaurat von Frankfurt am Main. Nach Kriegsende, als Hoffmann beim Wiederaufbau in Magdeburg beschäftigt war, gelang es ihm, 12 Exemplare dieser Arbeit in Burg vor ihrer Zweitverwendung als Toilettenpapier zu retten. Eines dieser Exemplare befindet sich heute im Nachlass von Hans Scharoun, ein weiteres im Bundesarchiv. Hoffmann betonte, die hauptsächliche Arbeit hätten er und Rainer gemacht, während Göderitz „im Grunde genommen nur der Herausgeber gewesen“ sei und „mal ‘ne Korrektur gemacht“ habe.¹³⁴

Genaueren Aufschluss über die Beteiligung von Göderitz an der ersten Fassung wird die Auswertung seiner Handakte dazu geben, die im Bundesarchiv aufbewahrt wird und dort unter einem irreführenden Titel verzeichnet wurde. Darin befinden sich Korrekturfahnen, mehrere Seiten eines Manuskripts in seiner Handschrift sowie Korrekturen an Niemeyers Vorwort.¹³⁵ Auch die Akte über die Entstehung der „Forschungsarbeit im Auftrag der deutschen Akademie für Städtebau“ (so der Titel, Laufzeit 1943-1945), die das erwähnte Exemplar im Bundesarchiv enthält, müsste dazu ausgewertet werden.¹³⁶ Interessant, aber noch offen (und nicht einfach zu ermitteln) ist ein Vergleich der (Ordnungs-)Vorstellungen der Autoren, soweit eine Grenzziehung überhaupt möglich ist. Denn alle drei gehörten, wie Konstanty Gutschow, demselben Denkkollektiv an, das den Rahmen für die akzeptierte Faktengrundlage, für mögliche Metaphern und Dispositionen setzte; ihr Denkstil prägte und formte ihre Problemsicht und Wahrnehmung. So sind auch die „volksbiologischen Erkenntnisse“, die Göderitz bei einem Vortrag in Hamburg 1944 für den Flachbau einer bestimmten Größe plädieren ließen,¹³⁷ Teil des argumentativen Repertoires. Die (möglicherweise etwas zu pauschale) Feststellung, das Konzept baue auf „rassistisch-biologistischer Argumentation“ auf, eine ihrer „problematischsten

¹³³ The Berlin Document Center 1994, S. 273.

¹³⁴ Geist und Kürvers 1989, S. 118-120, vgl. auch S. 577f. Gutschow 2001, S. 179ff., hingegen geht von einer stärkeren Beteiligung aus. Die Neuauflage 1957 geht auf die Initiative Hoffmanns zurück, der sich 1948 mit der Idee an Rainer wandte, vgl. Platzer 2021, S. 70, auf Basis von Akademie der Künste Berlin, Hubert-Hoffmann, HH 585 Bl. 2, Hoffmann an Rainer vom 10.9.1948.

¹³⁵ Vgl. BArch R 113/2105, verzeichnet unter dem Titel „Niemeyer, ‚Die gegliederte und aufgelockerte Stadt‘ (Forschungsarbeit)“, 1944-1945. Vgl. zudem BArch R 113/2287, mit einem Konzept Rainers, verzeichnet als „Überlegungen zu Städtewachstum und -gestaltung“, 1944-1945.

¹³⁶ Vgl. BArch R 113/1960.

¹³⁷ Vgl. Düwel und Gutschow 2019, S. 306.

Eigenschaften¹³⁸, bezieht sich auf die Arbeit von Roland Rainer, insbesondere auf seine vorausgehende Forschung zur „zweckmäßigsten Hausform“, die 1944 erschien und offenbar eine wichtige Vorarbeit darstellte.

In der Neuauflage 1957¹³⁹ wurde die „programmatische Schrift [...] post festum“ zum „Manifest des westdeutschen Städtebaus der Nachkriegszeit“¹⁴⁰ mit einer Zusammenfassung dessen, was in der Akademie seit den frühen 30er Jahren als Konsens gelten kann.¹⁴¹ Denn schon „zu Beginn der fünfziger Jahre gehörte die Forderung nach einer ‚Auflockerung‘ und ‚Gliederung‘ sowie der ‚organischen Gestaltung‘ der zukünftigen Stadt im Westen Deutschlands so sehr zum Allgemeingut, daß sie zuweilen zur Phrase geriet, die eine weitaus heterogenere und fast immer an örtlichen Gegebenheiten scheiternde Praxis überdeckte.“¹⁴² Wenig überraschend enthüllt ein Vergleich der beiden Texte der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ eine Veränderung des Vokabulars, nicht aber der Grundlagen an sich, die argumentative Substanz bleibt unverändert. Die „Ortsgruppe“ wird von den „Nachbarschaften“ abgelöst, die militärische Gliederung in der Herleitung durch die Schul- und Verwaltungsgliederung ersetzt, und die Absätze zum Luftschutz gestrichen.¹⁴³ „Die – einmal von ihrem historischen Kontext abstrahierten – Modelle der 40er Jahre [konnten] durchaus den Anforderungen des modernen Städtebaus der 50er Jahre gerecht werden“¹⁴⁴, ihre Ersteller sich damit auf eine fachliche, vorgeblich unpolitische Ebene zurückziehen. Denn es war ihre „sachorientierte“ Planungsrationale, welche das Selbstverständnis der Zunft der Architekten und Städtebauer als Vertreter einer technischen Funktionselite und Vollstrecker einer gleichsam politik- und ideologiefreien Wissenschaft insbesondere in den Jahren des Wiederaufbaus der Bundesrepublik nachhaltig prägte.¹⁴⁵ Typisch für die Generation der Planer zwischen den 1920er und 1960er Jahren war ein insgesamt autoritäres Planungsverständnis, das problemlos anknüpfungsfähig auch für den Nationalsozialismus war, aber eben auch noch im Wiederaufbau bis in die 60er Jahre hinein Gültigkeit beanspruchte. „Demokratische Formen der Entscheidungsfindung hatten in diesem Stadt- und Planungsmodell nie einen Platz.“¹⁴⁶

Weder die Vorstellung einer Gliederung noch das erkennbare Denken in biologistischen Mustern und die Vorstellungen von einem organischen Städtewachstum sind allerdings neu, denn schon um 1900 war „die Wiedergewinnung überschaubarer Gemeinschaften nicht nur durch die Gründung neuer Städte, sondern durch eine Gliederung der vorhandenen Großstadtstruktur und die ‚organische‘ Anbindung hinzuwachsender Teile“ ein zentrales Thema der Planung.¹⁴⁷

¹³⁸ Indrist 2021, S. 178, die Annahme gestützt mit Verweis auf die (hier möglicherweise überschätzte) Tätigkeit der drei Autoren für die Technische Planung Ost, Rainers Publikation über die Hausform und einigen Referenzen aus der Version von 1945 auf „Rasseideologen wie Heiligenthal, Hamburger, Burgdörfer und Rüdlin“.

¹³⁹ Göderitz et al. 1957.

¹⁴⁰ Düwel und Gutschow 2001, S. 166.

¹⁴¹ Düwel und Gutschow 2019, S. 307.

¹⁴² Düwel und Gutschow 2001., S. 165. Vgl. dazu auch die Skizze zur Planungsgeschichte von Lammert 1987, zur Auflockerung bzw. dem Diskurs über die „Dichte“ der Städte Roskamm 2011, zur Idee der Wohnzelle und Planung der Nachbarschaften Geist und Kürvers 1989, S. 284-290 (mit Verweis auf Göderitz) und S. 358 (mit Verweis auf Hoffmann).

¹⁴³ Vgl. Geist und Kürvers 1989, S. 570-578. Beide Fassungen standen jüngst im Mittelpunkt einer Ausstellung über Roland Rainer, vgl. Platzer 2021. Sie betont resümierend Rainers erkennbare „biopolitische Ordnungsformationen“, S. 71.

¹⁴⁴ Münk 1993, S. 462.

¹⁴⁵ Ebd., S. 398.

¹⁴⁶ Harlander und Jessen 2021, S. 127.

¹⁴⁷ Durth und Gutschow 1988, S. 174.

In einem Dokument mit der Überschrift „Was will die Akademie des Städtebaues?“, das sich in der Anlage zur Satzung vom 11.1.1923 befindet, heißt es dementsprechend:

„Unser Städtebau ist oft mit organischem Wachsen verglichen worden. Bis zu einem gewissen Grade mag das Bild angenommen werden. Aber die Gesetze dieses Wachstums sind nicht erforscht worden. [...] Die Erforschung dieser Beziehungen zwischen Gütererzeugung und Verteilung, Wohnweise und Verkehr, leiblicher und seelischer Gesundheit ist aber die Voraussetzung zur Lösung der neuen Aufgaben. [...] Unser Land ist landwirtschaftlich und gewerblich neu aufzubauen, Wohnstätten und Verkehrsmittel sind diesem Ausbau anzupassen, auf geistiges und seelisches Leben ist Rücksicht zu nehmen, Schönheiten des Landes sind zu schonen [...], Hemmnisse irgend welcher Art dürfen dem Gedeihen des Volkes nicht mehr entgegenstehen. Die Aufgabe ist überreich, so dass ein Einzelner sie nicht lösen kann. Darum müssen viele an ihr arbeiten. Aber es ist nur eine einzige Aufgabe, deren Teile untrennbar verbunden sind. Deshalb müssen die Vielen nach einem Plan arbeiten. [...] Die freie deutsche Akademie des Städtebaues will die Kräfte sammeln zu wohlaufgeteilter Arbeit, will dann im Verein mit denen, die dem Volk für Gesetzgebung und Verwaltung verpflichtet sind, die Grundlagen für die Benutzung unseres Landes unter den neuen Bedingungen unseres Lebens ausarbeiten.“¹⁴⁸

Auch in Magdeburg beschrieb Bruno Taut in einer Bestandsaufnahme 1922 („Neu-Magdeburg, eine realistische Stadtbetrachtung“) die Probleme einer „ungesunden“ Stadtentwicklung in ihrem jetzigen Zustand und betonte in seinem Vortrag Wollen und Wirken von 1923, „wie organisch die alte Stadt einmal war“.¹⁴⁹ Durchgängig verwandte er das „traditionelle Vergleichsbild der Stadt als Körper, als Organismus, das in den städtebaulichen Schriften seit dem 19. Jahrhundert dominierte.“¹⁵⁰

Unter den anderen Publikationen aus der Zeit vor 1945 sei kurz beispielhaft der Artikel „Altstadtsanierung (Sanierung ungesunder Stadtteile)“ im Wörterbuch der Wohnungs- und Siedlungswirtschaft 1938 hervorgehoben. Er befasst sich mit der Aufgabe, der Durchführung sowie den wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen und hat durchgehend die internationale Lage im Westen (USA, Frankreich, England, Italien) im Blick.

„In der baulichen Anlage und besonders im Wohnungswesen der Städte treten so viele Mißstände in Erscheinung, daß sich deren Beseitigung zu einer technischen, sozialen und finanziellen Sonderaufgabe ausgebildet hat. Daß der Stadtkörper krank ist und saniert, d. h. gesund gemacht werden muß, wurde bereits im 17., namentlich im 18. Jahrhundert erkannt.“¹⁵¹

Da selbst aus offensichtlich baufälligen Häusern noch ein Ertrag zu erzielen ist, der Boden an Wert gewinnt und kein Zwang zu Erneuerungsrücklagen besteht, seien ganze Stadtteile „als Erbe der Vergangenheit [...] auf uns gekommen“, deren „Wohnverhältnisse den neuzeitlichen Leistungsansprüchen nicht genügen“. Eine starke Zunahme der Bevölkerung bei gleichzeitig fehlender baurechtlicher Regulierung und die einhergehende Veränderung der sozialen Schichtung führten mit einer Verdichtung der Bebauung zur Entstehung von Elendsvierteln. „Das Alter der Häuser erlaubte bei notdürftiger Instandhaltung billige Mieten, was die leistungsschwachen, oft kinderreichen Familien heranzog. In den gleichen Häusern suchten aber auch asoziale Elemente, die

¹⁴⁸ Zitiert nach Düwel und Gutschow 2019, S. 89.

¹⁴⁹ Prinz 1997, S. 122 f.

¹⁵⁰ Ebd., S. 124, mit Hinweis auf Uhlig 1977. Dieser habe zu Recht bemerkt, dass „auch sozialistisch engagierte Architekten sich dieser üblichen Metapher [des Organismus] bedienten, um ihren städtebaulichen Vorstellungen Ausdruck zu verleihen.“

¹⁵¹ Göderitz 1938a, S. 15.

Prostitution und die Verbrecherwelt Unterschlupf“ – „sozial und politisch unerträgliche Zustände [...], die vor allem die Jugend“ gefährden würden, seien die Folge. Die aktuellen Diskussionen seiner Zeit griff Göderitz auf, als er zur Verbesserung der Verhältnisse auf die Notwendigkeit der baulichen Auflockerung und Verminderung der Wohndichte verwies – „glücklicherweise entsprechen hierin die Anforderungen der Volksgesundheit den sich meist mächtiger bemerkbar machenden des Verkehrs und des Luftschutzes.“¹⁵² Zur Durchführung von Sanierungsmaßnahmen streicht er heraus, dass zwar Umsiedlungen notwendig seien, „in jedem Falle ist auf die Lebensverhältnisse der Bevölkerungskreise, ihren Bedarf an Wohnungsgröße und die Tragbarkeit der Mieten Rücksicht zu nehmen.“

Wenn er anschließend in engem Bezug zu Prostitution und Kriminalität bemerkt, „gegen die Asozialen pflegt man neuerdings mit größerer Schärfe vorzugehen“¹⁵³, bezieht er sich wahrscheinlich auch auf die „Aktion Arbeitsscheu Reich“, eine Verhaftungsaktion der Kriminalpolizei im Juni 1938, der eine weitere der Gestapo im April vorausgegangen war. Eine erste Verhaftungswelle hatte es schon 1933 gegeben. Sie richteten sich vor allem gegen wohnsitzlose Menschen, die als Bettler und Landstreicher galten, gegen mittellose Alkoholranke, Spielsüchtige, Prostituierte und andere Personen, die durch deviantes Verhalten auffielen. Der Begriff „Asoziale“ diente als Generalklausel, eine „von außen auferlegte extrem abwertende Sammelbezeichnung für abweichendes Verhalten unterschiedlichster Form. Im öffentlichen Bewußtsein waren die ‚Asozialen‘ gewissermaßen der harte Kern der Fürsorgeempfänger.“¹⁵⁴ Es folgten Gefängnisstrafen, Arbeitshauseinweisung – und für über zehntausend Personen die Verschleppung ins KZ, für viele häufig ohne Wiederkehr.

Allerdings fordert Göderitz hier weder zu solchen Aktionen auf noch drückt er begeisterte Zustimmung aus: Das Problem der mangelhaften Wohnungen, der ungenügenden Zustände in den Elendsvierteln werde so nicht gelöst („diese Aufgabe darf auch nicht die Lösung der Wohnungsfrage ungebührlich aufhalten“). Und andererseits wird damit ein schon in der bürgerlichen Öffentlichkeit des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts virulenter Diskurs angesprochen, wie mit den „Milieus“ und gesellschaftlich an den Rand gedrängten Gruppen in Armenvierteln umzugehen und die Verbrechensbekämpfung voranzubringen sei. Die gesellschaftliche Brandmarkung als „asozial“ ist, ebenso wie der Begriff selbst, älter: „Das kritisierte Verhalten existierte zweifellos und war auch vor (und nach) dem Nationalsozialismus kaum akzeptiert. Bettelei, Landstreicherei Obdachlosigkeit und auch Prostitution waren häufig bestrafte Delikte des Strafgesetzbuches.“¹⁵⁵ Auf dem Kongress des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen und Städtebau 1931 in Berlin wurde neben den Themen „Verkehr“ und „Städtebau und Landesplanung“ die „Beseitigung verwahrloster Wohnviertel (abolition of slums)“ behandelt: „Jürgen Brandt von der Bauverwaltung Hamburg trug einen Vorbericht über ‚Maßnahmen zur Besserung ungesunder Wohnverhältnisse‘ und ‚Säuberung und Auslichtung überalterter engbebauter Stadtteile oder Baublöcke‘ vor und betonte, ‚Anlass zu Sanierungsmaßnahmen‘ biete ‚die Tatsache, dass sich in einzelnen Stadtteilen Gefahrenherde sozialer, gesundheitlicher oder politischer Art herausbilden, die ein Eingreifen der Öffentlichkeit erfordern.“¹⁵⁶ Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Pervertierung des Rechtsstaats erhält die in Fortsetzung der großstadtfeindlich geprägten Diskussionen der Weimarer Zeit geführte Debatte zwar eine neue Dimension („neu war das radikale, unnachsichtige und terroristische

¹⁵² Ebd., S. 16.

¹⁵³ Ebd., S. 19.

¹⁵⁴ Ayaß 2009, S. 21, ausführlich dazu Ayaß 1995. Vgl. auch Hörath 2021 mit Hinweisen auf weitere Literatur.

¹⁵⁵ Ebd., S. 29.

¹⁵⁶ Düwel und Gutschow 2019, S. 113.

Vorgehen¹⁵⁷) und sozialbiologische Fundierung – gerade diese ist jedoch hier im Text nicht zu erkennen.

Insgesamt scheint der Artikel zur Altstadtsanierung ebenso wie jener zum Städtebau¹⁵⁸ überwiegend frei von ideologisch geprägten Argumentationsmustern – es geht vorrangig um die nachhaltige Verbesserung des Lebens in der Stadt. Zu diesem Schluss kommt auch Dieter Münk:

„Göderitz fordert die Befriedigung der Bedürfnisse nach menschlichem Wohnen, die Verbesserung der Gesundheitspflege, die Anpassung an die veränderten Erfordernisse der Wirtschaft, des Verkehrs, der Landesverteidigung [...] sowie die Berücksichtigung der Landeskultur, der Natur-, Denkmal- und Heimatpflege. Das von Göderitz formulierte zentrale Leitbild für die Stadtplanung außerhalb des Geltungsbereiches des ‚Gesetzes zur Neugestaltung der deutschen Städte‘ war eindeutig geprägt von dem Leitbild der aufgelockerten und gegliederten Stadt und schloß sich in vielerlei Hinsicht an das Vorbild der englischen Garten- und Industriearbeiterstädte an.“¹⁵⁹

Stadtbaurat und Honorarprofessor in Braunschweig nach 1945

Am 26.7.1945 wurde Göderitz als Hauptamtlicher Beigeordneter zum Stadtbaurat von Braunschweig ernannt und damit Dezernent des Stadtplanungs-, Hochbau- und Gartenamts sowie der Baupolizei. Angesichts von Trümmerbergen in mehreren Millionen Kubikmetern war die Bauleitung des Wiederaufbaus seine vorrangigste Aufgabe. Dies kann ebenso wie die Arbeit in den neuen rechtsstaatlichen Gremien, den Aufbauministerien von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, an den norddeutschen Aufbaugesetzen und am Bundesbaugesetz 1960 hier nur kurz gestreift werden.¹⁶⁰

Im August 1945 stellte die Abteilung für Architektur der TH Braunschweig, die ihren Lehrbetrieb wieder aufgenommen hatte, den Antrag, den Stadtbaurat der Landeshauptstadt zum Honorarprofessor zu ernennen und ihm ab dem kommenden Wintersemester den Lehrauftrag über „modernen Städtebau“ zu erteilen, ein Pflicht- und Prüfungsfach, später umgewandelt in „Raumordnung, Siedlungswesen und Stadtgestaltung“. Rektor Gassner unterstützte das Vorhaben: „Bei der Wichtigkeit dieses Lehrgebiets muß die Hochschule diesen Lehrstuhl besetzen und kann nicht weiter warten, ob Herr Prof. Bangert, von dem alle Nachrichten fehlen, vom Kriegsdienst zurückkehrt.“¹⁶¹ Zudem komme, hob Abteilungsvorsteher Prof. Daniel Thulesius hervor, der bisherige Dozent Dr.-Ing. Richter¹⁶² „für unsere Abteilung künftig nicht mehr in Frage.“ Den Vorschlag, Göderitz mit der Abhaltung von Vorlesungen und Übungen zu betrauen, begründet Thulesius mit dessen bisherigem Lebenslauf:

¹⁵⁷ Ayaß 2009, S. 29.

¹⁵⁸ Göderitz 1938b.

¹⁵⁹ Münk 1993, S. 285–286. Vgl. auch Kuchenbuch 2014, S. 143 (kein „Nazi-Sympathisant“). Nach Geist und Kürvers 1989, S. 539, findet sich die Altstadtsanierung als sozialpolitische „Gesundungsmaßnahme“ mit einer ganz ähnlich lautenden, aber deutlich weiter ausgeführten Begründung darüber hinaus u. a. 1934 in einem Schreiben des Reichsarbeitsministers an den Reichsminister der Finanzen. Göderitz stellt die Argumentation nicht neu auf, sondern fasst bekannte Überzeugungen zusammen.

¹⁶⁰ Vgl. dazu auch Thies 2011 und Gisbertz 2007.

¹⁶¹ Rektor Gassner an den Braunschweigischen Staatsminister für Volksbildung am 5.10.1945, UABS Best. B07 Nr. 285. Zu den Lehraufträgen für Göderitz vgl. auch UABS Best. A 1 Nr. 45.

¹⁶² Paul Richter (1887-1972), studierte zeitgleich mit Göderitz Bauingenieurwesen an der TH Berlin-Charlottenburg, nach mehreren beruflichen Stationen ab 1936 Geschäftsführer der Planungsgemeinschaft für den Raum Braunschweig, 1938 Oberregierungsrat im Braunschweigischen Staatsministerium, seit 1932 Mitglied der SA und der NSDAP, Mitglied der DASRL, von 1937 bis 1945 Dozent für Landesplanung und Raumordnung an der TH Braunschweig, 1946 in einem Verfahren wegen Mitgliedschaft zum Korps der Politischen Leiter aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Vgl. Weßelhöft 2012, S. 328-330.

„Herr Stadtbaurat Göderitz hat auf diesen Gebieten nicht nur beruflich reiche Erfahrungen sammeln können, sondern er hat dieselben auch wissenschaftlich verwertet, u[nd] zw[ar] insbesondere als ‚geschäftsführendes Ratsmitglied‘ der Deutschen Akademie für Städtebau-, Reichs und Landesplanung E. V., und zudem ist er an maßgebender Stelle für den Wiederaufbau Braunschweigs eingesetzt.“¹⁶³

Im Dezember 1945 erfolgte die Ernennung zum Honorarprofessor. Die Militärregierung hatte ihn für „ok‘ (einwandfrei)“ erklärt, er konnte also seinen Lehrauftrag aufnehmen, der inhaltlich dem von Prof. Walther Bangert zuvor vertretenen Lehrstuhl für Raumordnung, Siedlungswesen und Stadtgestaltung entsprach – Bangert war am 7.4.1945 gefallen. Die Einordnung als „entlastet“ in Kategorie V des Spruchkammerverfahrens erfolgte endgültig am 25.7.1947.¹⁶⁴ Am 9.1.1946 hielt er die Antrittsvorlesung über „Städtebau und Wohnungswesen“ im Hörsaal der benachbarten und noch einigermaßen intakten Kanthochschule. In der Folge wurde ihm die alleinige Lehrstuhlvertretung zugesichert, auch damit er eine Berufung als Stadtbaurat nach Hamburg ablehnt. Als städtischer Beamter konnte Göderitz nicht gleichzeitig zum Ordinarius ernannt werden. Der vorgesehene Lehrstuhl für Städtebau blieb daher bis 1964 ohne Planstelle und in Ermangelung von Lehrstuhl und Institut führte seine Stelle die Bezeichnung „Büro für Städtebau“.¹⁶⁵

1960 wurde er Gründungsdirektor des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen der DASL in München (bis 1962). Bei der Organisation der Angebote und Auswahl der Dozenten griff er auch auf Fachkollegen mit NS-Vergangenheit zurück, ohne dass eine kritische Distanzierung erkennbar wäre¹⁶⁶ – was allerdings für diese Zeit zu erwarten und eher andernfalls auffällig gewesen wäre. Sie bezog er auch in die Lehre in Braunschweig ein, etwa Peter Koller mit einem Vortrag über die Entstehung der „Stadt des KdF-Wagens“ Wolfsburg.¹⁶⁷

Zu Lebzeiten erhielt Göderitz zahlreiche Ehrungen, darunter die Ehrendoktorwürde der TU Berlin, das Bundesverdienstkreuz und, anlässlich seines 80. Geburtstags, die Ehrensensatorwürde der TU Braunschweig¹⁶⁸. Das Preiskuratorium des „Heinrich-Plett-Preises für Verdienste um den Wohnungs- und Städtebau“ begründet die Verleihung im Jahr 1965 „in Würdigung seines gesamten Lebenswerks, das auf die heutige allgemeine Entwicklung des Wohnungsstandards, der Praxis, Lehre und Forschung des Städtebaus nachhaltigen Einfluß genommen hat“ mit dessen wesentlichen Impulsen in der Stadtplanung, dem Städtebaurecht und der Ausbildung und betont die langjährige Kontinuität seiner Arbeit:

„Dr. Göderitz’s Untersuchungen haben seit 1942 maßgeblich die Entwicklung des deutschen Städtebaurechts, die zum Bundesbaugesetz und zur Baunutzungsverordnung geführt hat, beeinflusst. [...] Verdienstvoll als Stadtbaurat von Magdeburg und Braunschweig, bewährt als Vorkämpfer für einen freiheitlichen Rechtsstaat, hoch geachtet als Wissenschaftler, gehört Dr. Johannes Göderitz zu den hervorragenden Repräsentanten der Wohnungsreform.“¹⁶⁹

¹⁶³ Thulesius mit Zustimmung des Dekans der Fakultät für Bauwesen, Prof. Dr. Harbert, am 29.8.1945 an Rektor Gassner, UABS Best. B07 Nr. 285.

¹⁶⁴ Vgl. die Akte zum Verfahren im Niedersächsischen Landesarchiv Wolfenbüttel, 3 Nds Nr. 840-2-02938.

¹⁶⁵ Ebd.

¹⁶⁶ Vgl. mit kritischen Anmerkungen zu dieser Kontinuität Knoch 1999, S. 248f.

¹⁶⁷ Vgl. Peter Koller, Zur Person, in: Ahuis und Müller 1968, S. 91-93. Über Peter Koller vgl. Glaser 2016 und die bald erscheinende Biografie des „Stadtplaner[s] in Diktatur und Demokratie“ Glaser 2022.

¹⁶⁸ Vgl. UABS Best. B03 Nr. 23, Verleihung am 24.5.1968. Vgl. Bericht der Braunschweiger Zeitung vom 25./26.5.1968, "Seit 1945 an der Technischen Universität: Hippieblumen für den Professor. Sympathiekundgebung für Johannes Göderitz / Hohe Auszeichnungen".

¹⁶⁹ StadtA BS, E 11 II : 797, Bl. 240.

Am 18. April 1990, kurz nach der Wende, beschloss der Rat der Stadt Magdeburg, die „Straße des X. Parteitags“ in „Johannes-Göderitz-Straße“ umzubenennen. Anwohnerinnen und Anwohner hatten im Vorfeld zahlreiche Namensvorschläge eingebracht. Am häufigsten genannt wurden der Flugzeugkonstrukteur Otto Lilienthal (ohne engere Beziehungen zur Stadt) und Johannes Göderitz. In unmittelbarer Nähe der besagten Straße gab es bereits den Bruno-Taut-Ring. Im Ratsbeschluss sind ebenso wie in den Akten zur Straßenumbenennung keine Hinweise auf geäußerte Bedenken gegen eine Benennung zu finden.¹⁷⁰ Das politische Wirken und öffentliche Auftreten von Göderitz in Magdeburg gehört zu den noch nicht ausreichend beleuchteten Feldern seiner Biografie – ebenso wie seine Zeit in Braunschweig sowie beides im Vergleich. Eine Auswertung seiner gesamten publizistischen Tätigkeit steht ebenso aus. Diese müsste unter anderem die leitenden Aufsätze berücksichtigen, die er in nahezu allen Heften der Zeitschrift „Stichwort, Blätter der Städtischen Bühne zu Magdeburg“ schrieb.¹⁷¹ Neben den eigenen Werken wären auch die vorhandenen Vorlesungsmitschriften für die Untersuchung interessant.¹⁷²

Persönliches Netzwerk?

Denn bislang ist auch nach mehreren Veröffentlichungen über den Architekten, Stadtbaurat, Landesplaner und Honorarprofessor noch vergleichsweise wenig bekannt. Das liegt nicht zuletzt an der verfügbaren Überlieferung. Anfang der 1990er Jahre konnten die bei der Haushaltsauflösung von Hildegard Drüsedau, Göderitz Frau, vorgefundenen Unterlagen nicht erhalten werden. Dabei handelte es sich vor allem um Unterlagen aus der Zeit nach 1945, Manuskripte von Vorträgen, Vorlesungsmaterialien etc. Göderitz sei nach Kriegsende nur mit den wichtigsten persönlichen Unterlagen in den Westen geflohen, so Prinz mit Verweis auf eine Auskunft der Stieftochter Heide Drüsedau¹⁷³, wobei schon damals viel verloren gegangen sein dürfte. Spuren von brieflicher Korrespondenz und andere Hinweise auf persönliche Kontakte wird man also verstreut in Nachlässen und anderen Archivbeständen suchen müssen. Um einige Beispiele herauszugreifen:

Ob vor und/oder nach 1945 etwa eine briefliche Verbindung zu Friedrich Tamms bestand, was als durchaus wahrscheinlich anzunehmen ist, und ob sich daraus Hinweise auf die Art der persönlichen Beziehung ergeben, könnte dessen Nachlass im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (RW 0254, 1938-2006) erhellen. Mit Werner Hebebrand stand Göderitz in Kontakt¹⁷⁴, ebenso mit Hans Scharoun¹⁷⁵ und weiterhin mit Hubert Hoffmann¹⁷⁶. Mit Fritz Schumacher verband ihn bis zu dessen Lebensende eine gute Bekanntschaft.¹⁷⁷ Mit Heinz Killus und Helmut Döscher arbeitete er in der Braunschweiger Stadtverwaltung zusammen.¹⁷⁸ Für Karl Ottos Entnazifizierungsverfahren stellte er eine Erklärung über dessen Stellung zum nationalsozialistischen Regime aus,¹⁷⁹ für Roland Rainer ein Gutachten im Berufungsverfahren für den Städtebau-Lehrstuhl

¹⁷⁰ Freundliche Auskunft von Konstanze Buchholz, Stadtarchiv Magdeburg, per Mail am 31.03.2022.

¹⁷¹ Zu Themen wie Theaterwesen, Städtebaupolitik, Kommunen als Wegbereiter des neuen Baustils, Bauten für Kinder und Tuberkulosekranke, vgl. Prinz 1997, S. 248.

¹⁷² So die Mitschriften von Christian Farenholtz, 1947, in der Sammlung Architektur und Ingenieurbauwesen (saib) der TU Braunschweig, UABS.

¹⁷³ Vgl. Prinz 1997, S. 171, auch Gisbertz 2000b, S. 118.

¹⁷⁴ Vgl. Archiv der Akademie der Künste (Archiv ADK), Hebebrand 560, 1959-1963, und Hebebrand 97, 1965.

¹⁷⁵ Vgl. Archiv ADK, Scharoun 372, 1949.

¹⁷⁶ Vgl. Archiv ADK, Hoffmann-Hubert 358, 1946-1964.

¹⁷⁷ Vgl. Gisbertz 2000b, S. 114, mit Verweis auf Heide Drüsedau und den Nachlass Schumachers in der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg.

¹⁷⁸ Vgl. Gutschow 2001, S. 180, und Düwel und Gutschow 2019, S. 356f. Zu Killus' Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent an der TH Braunschweig vgl. UABS Best. B08 Nr. 228.

¹⁷⁹ Vgl. Archiv ADK, Otto-Karl 1666, Bl. 38, 11.6.1947, auch in Häring 328. Wolters schrieb übrigens ein Entlastungszeugnis für Niemeyer (vgl. Deschan 2013, S. 182 mit Verweis auf LA Berlin, E Rep. 400-19, NL W Nr. 70); ob Niemeyer eine solche Bescheinigung von Göderitz erhalten hat, ist eine interessante Frage, die eine im

an der TH Hannover.¹⁸⁰ Für Kurt Brüning schrieb er später einen recht allgemeinen, für Julius Petersen hingegen einen sehr persönlichen Nachruf,¹⁸¹ so wie ihm 1978 Heinrich Habekost, als Ordinarius für Städtebau, städtischen Straßen- und Tiefbau (1964-1977) sein Nachfolger an der TH.¹⁸²

Mit wem war Göderitz wann und wie in Verbindung, auf welche Kontakte konnte er sich stützen? Für die Einschätzung der Frage, ob er von seiner Zeit in der Geschäftsstelle der DASRL profitiert haben könnte, ist besonders interessant, auf welche Netzwerke er wann zurückgegriffen hat. Seine Netzwerkarbeit ist insgesamt noch kaum analysiert. Während er, wie erwähnt, in den „Anholter Kreis“ wohl nicht enger eingebunden war, konnte er für seinen Neustart in Braunschweig offenbar auf Verbindungen aus der Magdeburger Zeit zählen. Der ehemalige Leiter des Wohnungsamtes, Gerhard Weisser, war kurz nach dem Krieg von 1945-1946 Ministerialdirektor des Braunschweiger Finanz- und Wirtschaftsministeriums.¹⁸³ Ernst Böhme, Oberbürgermeister in der Stadt an der Oker, war vor der Wahl von 1923 bis 1929 zeitgleich mit ihm bei der Stadtverwaltung in Magdeburg tätig. Im März 1933 wurde er seines Amtes als Oberbürgermeister enthoben, in der Folge zweimal inhaftiert und schwer misshandelt. Er konnte sich zwischen 1936 und 1944 als Steuer- und Devisenberater in Berlin niederlassen. Laut Adressbuch 1938 wohnte er in der Kantstraße 150¹⁸⁴ unweit der Knesebeckstraße 8/9, in der die Akademie später ihren Sitz hatte. Die Vermutung liegt nahe, dass der Kontakt zwischen beiden auch zwischenzeitlich weiter bestanden hat. An ihn wandte sich Göderitz, als er im Sommer 1945 über Holstein und Bielefeld nach Braunschweig kam, und erkundigte sich nach einer passenden Anstellung bei der Stadt.¹⁸⁵

In Braunschweig wurde Göderitz schließlich in neue Beziehungen eingebunden, in der Architekturabteilung der TH und der Braunschweiger Schule, ebenso durch seine Stellung in der Stadtverwaltung und als Vorsitzender der Bezirksgruppe des Architekten- und Ingenieurvereins. Weiterhin Bestand hatten andererseits selbstverständlich die Kontakte über die DASL im engeren Kreis der Fachkollegen, so dass Korrespondenzen aus der Berliner Zeit und nach 1945 ineinander übergehen. Das zeigt auch die Liste der Beiträger für die Festschrift anlässlich seines 80. Geburtstags 1968: Darunter waren sowohl der vormals aktive NS-Unterstützer Felix Boesler (1901-1976, nach 1957 Professor an der TU Stuttgart), Rudolf Hillebrecht (bis 1965 Stadtbaurat im nahen Hannover), Erhard Mäding (1909-1998, Verwaltungsjurist, im RKF und am Generalplan Ost beteiligt), Friedrich Tamms (als Präsident der DASL), Wilhelm Wortmann und Gerhard Isenberg, als auch Fred Forbat (1897-1972, Vertreter des Neuen Bauens, jüdischer ungarisch-deutscher Architekt, 1938 Immigration nach Schweden) oder einer seiner Braunschweiger Studenten, Christian Farenholtz (1923-2021)¹⁸⁶.

Landesarchiv NRW Standort Duisburg möglicherweise erhalten gebliebene Spruchkammerakte klären könnte. Weitere bekannte Kontakte wären Walter Henn (SLUB), Wolfgang Rauda (SLUB) und der Theater- und Kunstkritiker, Redakteur und Schriftsteller Paul Fechter (Deutsches Literaturarchiv Marbach). Weitere Funde werden wahrscheinlich manche derzeit noch kaum erschlossene Nachlässe bieten, z. B. StadtA BS G IX 042, Nachlass Frank Glatzel.

¹⁸⁰ Vgl. Indrist 2021, S. 193, mit Verweis auf Universitätsarchiv Hannover, NDS Hann. 423, Acc. 11/85, Nr. 254.

¹⁸¹ Vgl. Göderitz 1961 (Brüning) und Göderitz 1969 (Petersen). Julius Petersen (1883-1969) war von 1925 bis 1934 Stadtbaurat von Schleswig, 1934-1945 ordentlicher Professor für Gebäudelehre und Entwerfen, 1945-1951 ordentlicher Professor für Baukonstruktion und landwirtschaftliche Baukunde.

¹⁸² Vgl. Habekost 1978.

¹⁸³ Nachlass im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung:

<http://archiv2.fes.de/zeig.FAU?sid=4D6036994&dm=1&ind=1&ipos=Weisser%2C+Gerhard>.

¹⁸⁴ Vgl. das Digitalisat https://digital.zlb.de/viewer/image/34115495_1938/267/.

¹⁸⁵ Vgl. Gisbertz 2000b, S. 118 und StadtA BS, E 11 II : 797. Zu Fragen personeller Netzwerke und Kontinuitäten von Hillebrecht, Herbert Morgen und Roland Rainer vgl. die Beiträge in Brandt und Priebis 2021.

¹⁸⁶ Christian Farenholtz (1923-2021), Baubürgermeister in Stuttgart 1965-1973, Mitglied der DASL, zu ihm s. Düwel und Gutschow 2019, S. 454-455 und S. 176f.

Mit Josef Umlauf, nach dem Krieg unbeschadet seiner Vergangenheit beim RKF Oberbaurat beim Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, Mitglied der DASL (1951) und der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL, 1954), scheint Göderitz eine längere persönliche Bekanntschaft gepflegt zu haben. Er regte dessen Dissertation „Untersuchung über das Wesen und die Organisation der Landesplanung“ an, die Umlauf 1958 mit der Bewertung „sehr gut“ verteidigte – vorbehaltlich weiterer Recherchen im Universitätsarchiv nach derzeitigem Stand die einzige Promotion, die Göderitz betreute.¹⁸⁷

„Die Position des Hochschullehrers Göderitz ragt weit über die normale Tätigkeit eines Honorarprofessors heraus“, hebt Heinrich Habekost in seinem Nachruf hervor.

„Die ersten studentischen Jahrgänge nach dem letzten Krieg waren wohl ganz allgemein besonders reale und fleißige Studierende. Dies muß aber besonders für den Kreis um Göderitz gegolten haben, denn es sind weit über 1000 Architekten, die bei ihm die Kunst des Städtebaus und die Methoden der Stadtplanung gelernt haben, und unter diesen hält ein engerer Kreis teils sehr arrivierter Architekten und Ingenieure heute noch als seine Schülerschaft in engem Kontakt zusammen.“¹⁸⁸

Charakterlich betont Habekost im Rückblick seinen „aktive[n] und scharfsinnige[n] Geist“ bei einer „bescheidenen, zurückhaltenden Natur“ ohne kraftvolles Auftreten, aber mit einer gewissen angeborenen Würde. „Der vornehme Herr hatte beste Kontakte zu allen Kreisen, aber Respektlosigkeit wurde durch seine Ruhe und Sachlichkeit in ihre Schranken verwiesen.“¹⁸⁹ Der Professor starb am 27.3.1978 in Braunlage im Harz kurz vor seinem 90. Geburtstag.

Fazit

Historiker:innen analysieren Verhalten, Zusammenhänge und Wirkungen im jeweiligen zeithistorischen Kontext. Sie übernehmen nicht die Rolle von Richter:innen – vielmehr ordnen sie ein und bewerten, damit eine fundierte Diskussion stattfinden kann. Das auf dieser Basis ggf. erfolgende Urteil vor dem Gericht der öffentlichen oder teilöffentlichen Meinung ist dabei ebenso wie die Einschätzung von Historiker:innen nie letzt- oder ewiggültig, sondern bezogen auf die Gegenwart. Gesellschaftspolitische Debatten müssen in der Demokratie damit stets aufs Neue verhandelt und entschieden werden, auf der Grundlage transparenter Informationen, Diskussionen und Prozesse.

Johannes Göderitz blieb in Braunschweig den Stadtbau- bzw. randstädtischen Siedlungsbaukonzepten der Moderne aus der Zeit nach 1900 verpflichtet, weiterentwickelt und propagiert vor allem in den 20er Jahren. Anders als einige seiner Kollegen wie Rainer oder Hillebrecht, die zudem deutlich jünger waren, profitierte er keineswegs vom nationalsozialistischen Regime oder stieg in dieser Zeit auf – im Gegenteil. Die Ruhestandsversetzung 1934 bedeutete einen deutlichen Karrierebruch und markiert das vorläufige Ende seiner hochbaulichen Tätigkeit wie seiner Position in der städtischen Gesellschaft. Die Berliner Geschäftsstelle, die er weisungsgebunden führte, war an Verantwortung und Mitarbeiterzahl längst nicht vergleichbar mit dem Magdeburger Stadtbauamt; kulturelle Aufgaben, mit denen er sich in Magdeburg befasst hatte, allem voran das Theater und die von ihm organisierten Ausstellungen in der Stadthalle, fehlten von nun an gänzlich. Weder besetzte er einen einflussreichen Posten in einer der zahlreichen Schaltstellen

¹⁸⁷ Vgl. die Prüfungsakte UABS Best. N 2 U 18 – eigentlich fehlten Göderitz die notwendigen akademischen Voraussetzungen. Josef Umlauf hatte zuvor schon Beziehungen zur TH Braunschweig, die noch nicht näher betrachtet wurden: 1940 bewarb er sich auf den Lehrstuhl für Siedlungswesen und Landesplanung – auf Platz 1 der Vorschlagsliste – und nochmals 1955. Vgl. UABS Best. A 1 Nr. 109 und Best. A 2 Nr. 543.

¹⁸⁸ Habekost 1978, S. 142.

¹⁸⁹ Ebd., S. 143. 1978 wurde aus ihren Reihen die Johannes-Göderitz-Stiftung ins Leben gerufen.

nationalsozialistischer Machtausübung noch wurde er, wie etwa Konrad Meyer, hochrangiger Wissenschaftsfunktionär. Auch wenn er genug Raum und Gelegenheit erhielt, seine fachliche Publikationstätigkeit fortzusetzen, erschienen manche Arbeiten ohne die Nennung seiner Autorschaft.

Dennoch: Göderitz stellte wie so viele andere sein Fachwissen und seine fachliche Tätigkeit wenigstens mittelbar in den Dienst des Nationalsozialismus und passte sich an, auch wenn eine Unterstützung aus Überzeugung nicht anzunehmen ist. Er hat sich später damit nicht, jedenfalls nicht öffentlich, auseinandergesetzt – die fehlende Konfrontation der gesamten Disziplin ermöglichte es auch dem Braunschweiger Stadtbaurat und Professor, in der Bundesrepublik mit zuvor offensichtlich ideologisch überzeugten Personen zusammenzuarbeiten, und mit Konzepten fortzufahren, deren NS-Ursprünge evident waren. Göderitz konnte auf die Entlassung aus städtischen Diensten, auf seinen eigenen biografischen Bruch und seine für ihn plausible distanzierte Haltung zur nationalsozialistischen Ideologie verweisen, um sich zu entlasten.

Ob Landesplanungsgemeinschaft Mark Brandenburg, die Abteilung Technische Planung Ost oder der Wiederaufbaustab: Der gemeinsame Nenner all dieser Tätigkeitsfelder vor 1945 ist Niemeyer; die Delegation von Aufgaben über den Landesrat an seinen Mitarbeiter in der Akademie ist anzunehmen – und eine dafür erfolgte Besoldung vonseiten des Ministeriums, wie im Entnazifizierungsfragebogen angegeben, wahrscheinlich. Ein direkter Kontakt zum Reichsministerium im Sinne einer unabhängig davon erfolgten Abordnung ist aus der Überlieferung nach derzeitigem Stand nicht ersichtlich. Ebenso wenig lassen sich eine direkte Beteiligung Göderitz' an NS-Verbrechen, eine Unterstützung oder Förderung des Systems, gar eine überzeugte Propagierung des Regimes nachweisen. Er ist nicht mit antisemitischen oder rassistisch-abwertenden Äußerungen aufgefallen. Auch seine späteren Texte lassen nach derzeitigem Stand der Erkenntnisse nichts Derartiges erkennen.

Pauschal betrachtet könnte man jedes aktive wie passive Mittun, jedes Anpassen, jedes Rädchen im Getriebe, das ein verbrecherisches Regime mit seiner menschenverachtenden Basis und verheerenden Wirkung weiterlaufen ließ, als moralisch verwerflich und kontaminiert gelten lassen. Bei einer solchen Herangehensweise droht der Umgang mit der Geschichte jedoch unterkomplex zu werden. So einfach ist die Gesellschaft weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart, auch im Hinblick auf die Erinnerungswürdigkeit. Das Stiften einer Tradition ist nicht notwendigerweise gleichzusetzen mit Heldenverehrung. Vielmehr sind derzeit ohnehin Tendenzen zur Entheroisierung in der Erinnerungskultur festzustellen, die Raum für eine differenzierte Betrachtung der erinnerten Personen schaffen könnten. Gerade bei den schwierigen Fragen nach persönlicher und gemeinschaftlicher Verantwortung muss der analytische Zugang breiter sein, über duale Schemata hinausgehen, um allzu kategorische Wertungen zu vermeiden – ohne dass dieser breitere Zugang allerdings seinerseits zu allgemeingültigen Ergebnissen gelangen könnte. Denn eines steht fest: In immer wieder neuen Aushandlungsprozessen muss die Diskussion über Kontinuität und Umbruch auch zukünftig weitergeführt werden. Und dabei legt jede Zeit ihre eigenen Maßstäbe an.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivquellen (erwähnt, teilweise eingesehen)

Universitätsarchiv Braunschweig (UABS)

- Best. A 1 Nr. 45, Lehraufträge, 1907-1948
- Best. A 1 Nr. 109, Lehrstuhl für Siedlungswesen und Landesplanung, 1937-1946
- Best. A 2 Nr. 543, Wiedereinrichtung und Besetzung des Lehrstuhls für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung, 1955-1962
- Best. B03 Nr. 23, Verleihung der Ehrensatorwürde an Johannes Göderitz, 1968
- Best. B07 Nr. 285, Personalakte Johannes Göderitz, 1935-1978
- Best. B08 Nr. 228, Personalakte Heinz Killus, 1946-1965
- Best. N 2 U 18, Promotionsakte Umlauf, Josef, Dr.-Ing., 1958
- saib: Vorlesungsmitschriften von Christian Farenholtz, 1947

Archiv der TIB/Universitätsarchiv Hannover

- NDS Hann. 423, Acc. 11/85, Nr. 254, Berufungsverfahren des Lehrstuhls für Städtebau, Landesplanung und Siedlungswesen

Stadtarchiv Braunschweig (StadtA BS)

- E 11 II : 797, Personalakte Johannes Göderitz
- G IX 042, Nachlass Frank Glatzer, bis 1945 Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“

Stadtarchiv Magdeburg

- Rep. 35, Ha. 5
- Rep. 18/4

Bundesarchiv Berlin (BArch)

- R 113/2194
- R 113/2105
- R 113/2119
- R 113/2121
- R 113/2193
- R 113/2286
- R 113/2194
- R 113/1960
- R 3/1313, Einsatz von OT und Technik in den besetzten Ostgebieten, 1942-1943
- R 3/461, Aufgabenverteilung im Geschäftsbereich des RMRuK, 1943-1944,
<https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/ec2d70f6-0dec-4803-82b4-14fca226a9b9/>
- R 3/4123, Einsatz der Technik in den besetzten Ostgebieten.- Bildung der Abteilung "Technische Planung Ost", 1942-1943
- R 9361-VI/6763, alte Signatur VBS 340 / 8460 000010, Speer Listen, Abt. Technische Planung Ost
- R 9361-VIII Kartei / 9000511, Kartei „Göderitz, Johannes“ in der NSDAP-Zentralkartei

Landesarchiv Sachsen-Anhalt

- Rep. C 28 Ie I Nr. 1456, Personalien der Magistratsmitglieder und der städtischen Beamten, Bd. 4: Versetzung des Stadtbaurats Göderitz in den Ruhestand aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, 1933-1934

Niedersächsisches Landesarchiv Wolfenbüttel

- 3 Nds Nr. 840-2-02938, Entnazifizierungsverfahren Johannes Göderitz

Brandenburgisches Landeshauptarchiv

- Pr. Br. Rep. 2 A

Landesarchiv Berlin

- E Rep. 400-19, NL W Nr. 70, Nachlass Rudolf Wolters

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland

- RW 0254, Nachlass Friedrich Tamms, 1938-2006

Staatsarchiv Hamburg

- Best. 621-2/11, Nachlass Konstanty Gutschow, Architekt, 1920-1978,
<https://recherche.staatsarchiv.hamburg.de/ScopeQuery5.2/detail.aspx?ID=5562>

Archiv der Akademie der Künste Berlin (Archiv ADK)

- Hebebrand 560, <https://archiv.adk.de/bigobjekt/21521>, Hebebrand 97,
<https://archiv.adk.de/bigobjekt/21521>
- Scharoun 372, <https://archiv.adk.de/bigobjekt/37007>
- Hoffmann-Hubert 358, <https://archiv.adk.de/bigobjekt/36994>
- Otto-Karl 1666, <https://archiv.adk.de/bigobjekt/21391>
- Sammlung Baukunst, Nachlass Hans Scharoun Mag 2/11, Besprechung der Märkischen Landesgruppe der Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs. und Landesplanung am 17.3.1944 und am 27.4.1944

Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung

- Nachlass Gerhard Weisser

Sächsische Universitäts- und Landesbibliothek Dresden

- Nachlass Walter Henn
- Nachlass Wolfgang Rauda

Deutsches Literaturarchiv Marbach

- Nachlass Paul Fechter

TU München, Architekturmuseum

- Nachlass Josef Umlauf

Literaturverzeichnis

Ahuis, Helmut; Müller, Wolfgang Hans (Hg.) (1968): Johannes Göderitz zum 80. Geburtstag am 24. Mai 1968. Eine raumplanerische Kommentation. Unter Mitarbeit von Gerd Albers. Stuttgart: Krämer in Komm.

Aicher, Florian (Hg.) (1990): Robert Vorhoelzer - ein Architektenleben. Die klassische Moderne der Post. Ausstellung im Münchner Stadtmuseum und im Deutschen Postmuseum Frankfurt am Main. München: Callwey.

Albrecht, Stefan (2008): Johannes Göderitz (1888 - 1978). Architekt - Stadtplaner - Wissenschaftler. Ein Architekt zwischen Tradition und Moderne und sein Einfluss auf die Entwicklung der Stadt Magdeburg zwischen 1921 und 1933. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.

Assmann, Aleida; Frevert, Ute (1999): Geschichtsvergessenheit - Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Ayaß, Wolfgang (1995): "Asoziale" im Nationalsozialismus. Stuttgart: Klett-Cotta.

Ayaß, Wolfgang (2009): Bettler und soziale Außenseiter im Nationalsozialismus. In: Anne Allex (Hg.): Ausgesteuert - ausgegrenzt ... angeblich asozial. Neu-Ulm: AG-SPAK-Bücher (Materialien der AG SPAK, M 222), S. 21–36.

Baumgart, Sabine (Hg.) (2020): Raumforschung zwischen Nationalsozialismus und Demokratie. Das schwierige Erbe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Hannover: ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (Arbeitsberichte der ARL, 29).

Brandt, Arno; Priebs, Axel (Hg.) (2021): Kontinuitäten und Neuorientierungen. Personelle Netzwerke niedersächsischer Raumwissenschaftler nach 1945. Wachholtz Verlag; Wissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens. Kiel: Wachholtz (Neues Archiv für Niedersachsen, 2021, 1).

Brechtken, Magnus (2017): Albert Speer. Eine deutsche Karriere. München: Siedler.

- Brechtken, Magnus (2021): Einleitung. In: Magnus Brechtken (Hg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Compendium. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 9–19.
- Deschan, André (2013): Im Schatten von Albert Speer. Der Architekt Rudolf Wolters. Dissertation. Bauhaus-Universität Weimar, Weimar.
- Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung (1943a): Die wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen einer organischen Stadtgesundung und Stadterneuerung. bearbeitet von der Arbeitsgruppe für Stadtgesundungsfragen. Leipzig: Koehler (Berichte zur Raumforschung und Raumordnung, 10). Online verfügbar unter <http://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?PPN630938431>.
- Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung (1943b): Richtlinien für die Ordnung und Beschaffung von Grünflächen in der Stadt- und Landesplanung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 7, S. 92–102.
- Diefendorf, Jeffry M. (2011): Planning for the Mark Brandenburg and for Prague during the Third Reich. In: *Planning Perspectives* 26 (1), S. 91–103.
- Dorn, Ralf (2017): Der Architekt und Stadtplaner Rudolf Hillebrecht. Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Planungsgeschichte im 20. Jahrhundert. Berlin: Gebr. Mann Verlag (Hannoversche Studien Schriftenreihe des Stadtarchivs Hannover, 16).
- Durth, Werner (1988): Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900 - 1970. 3. Aufl. Stuttgart: Krämer. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-85487-2>.
- Durth, Werner; Gutschow, Niels (1988): Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940-1950. Erster Band: Konzepte. Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg (Schriften des Deutschen Architekturmuseums zur Architekturgeschichte und Architekturtheorie).
- Düwel, Jörn; Gutschow, Niels (2001): Städtebau in Deutschland im 20. Jahrhundert. Ideen - Projekte - Akteure. Stuttgart, Leipzig, Wiesbaden: Teubner (Teubner-Studienbücher der Geographie).
- Düwel, Jörn; Gutschow, Niels (2019): Ordnung und Gestalt. Geschichte und Theorie des Städtebaus in Deutschland 1922 bis 1975. Berlin: DOM publishers (Geschichte der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, 1).
- Ehmer, Josef (Hg.) (2007): Herausforderung Bevölkerung. Zu Entwicklungen des modernen Denkens über die Bevölkerung vor, im und nach dem "Dritten Reich". Beiträge zum 80. Geburtstag von Rainer Mackensen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Online verfügbar unter <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/978-3-531-90653-9.pdf>.
- Etzemüller, Thomas (2001): Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945. Reprint 2014. Berlin/Boston: De Gruyter; De Gruyter Oldenbourg (Ordnungssysteme, 9).
- Etzemüller, Thomas (Hg.) (2009): Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld: transcript-Verl. (Histoire, 9).
- Fischer, Torben; Lorenz, Matthias N. (Hg.) (2007): Lexikon der »Vergangenheitsbewältigung« in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 (2., unveränderte Auflage 2009). Unter Mitarbeit von Micha Brumlik. 1. Aufl. Bielefeld: transcript Verlag (Histoire, 9998). Online verfügbar unter <https://www.degruyter.com/isbn/9783839407738>.
- Fleck, Ludwik (2021): Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv. 13. Auflage (Erstauflage 1935). Hg. v. Lothar Schäfer und Thomas Schnelle. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 312).
- Fleckner, Sigurd (1993): Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen 1927 - 1931. Entwicklung und Scheitern. Aachen, Techn. Hochsch., Diss.: 1993. Aachen.
- Frank, Hartmut (Hg.) (1994): Fritz Schumacher. Reformkultur und Moderne. erschienen anlässlich der Ausstellung "Fritz Schumacher und seine Zeit", Deichtorhallen Hamburg, 20. Mai bis 17. Juli 1994. Stuttgart: Hatje (Schriften des Hamburgischen Architekturarchivs, 8).

- Frei, Norbert (2012): *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München: C.H. Beck (Beck'sche Reihe, v.6060). Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=4864408>.
- Fritsch, Theodor (1896): *Die Stadt der Zukunft. Mit einer farbigen Tafel und 14 Text-Abbildungen*. Leipzig: Theodor Fritsch.
- Geist, Johann Friedrich; Kürvers, Klaus (1989): 1945 - 1989. Eine dokumentarische Geschichte der Ausstellung "Berlin plant/Erster Bericht" 1946 und der Versuche, auf den Trümmern der Hauptstadt des Großdeutschen Reiches ein NEUES BERLIN zu bauen, aus dem dann zwei geworden sind. München: Prestel (Das Berliner Mietshaus, 3).
- Gisbertz, Olaf (2000a): "... mit Geist und Witz...": Johannes Göderitz. In: *Der Architekt, Zeitschrift des Bundes Deutscher Architekten BDA* 6/2000, S. 48–51.
- Gisbertz, Olaf (2000b): Bruno Taut und Johannes Göderitz in Magdeburg. Architektur und Städtebau in der Weimarer Republik. Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 1997. Berlin: Gebr. Mann.
- Gisbertz, Olaf (2007): Städtebau - Friedrich Wilhelm Kraemer und der Wiederaufbau in Braunschweig nach 1945. In: Olaf Gisbertz und Karin Wilhelm (Hg.): *Gesetz und Freiheit. Der Architekt Friedrich Wilhelm Kraemer (1907-1990)*. Berlin: Jovis-Verl., S. 55–63.
- Glaser, Marcel (2016): Geschichtspolitik als Entlastungsstrategie. Der Architekt Peter Koller in Wolfsburg. In: *Forum Stadt* 43 (1), S. 3–18. Online verfügbar unter <https://forumstadtverlag.de/wp-content/uploads/simple-file-list/43-Forum-Stadt-1-2016.pdf>.
- Glaser, Marcel (2022): Peter Koller (1907-1996). Stadtplaner in Diktatur und Demokratie. Eine Biografie. 1. Auflage. Göttingen: Wallstein (Stadt Zeit Geschichte, 7).
- Glienke, Stephan Alexander (Hg.) (2012): *Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages*. Niedersachsen. Hannover: Hahnsche Buchhandl. Online verfügbar unter http://www.landtag-niedersachsen.de/download/29627/Bericht_Historische_Kommission.pdf.
- Göderitz, Johannes (1938a): Altstadtsanierung (Sanierung ungesunder Stadtteile). In: Alfred Enskat, Joachim Fischer-Dieskau und Ernst Knoll (Hg.): *Wörterbuch der Wohnungs- und Siedlungswirtschaft. Loseblatthandbuch für die gesamte privatwirtschaftliche, genossenschaftliche, öffentlich-wirtschaftliche und Verwaltungspraxis auf dem Gebiet des Wohnungs- und Siedlungswesens. Unter Mitarbeit von Schwan, Bruno (Gesamtleitung)*. 2 Bände. Stuttgart, Berlin, S. 15–22.
- Göderitz, Johannes (1938b): Städtebau. In: Alfred Enskat, Joachim Fischer-Dieskau und Ernst Knoll (Hg.): *Wörterbuch der Wohnungs- und Siedlungswirtschaft. Loseblatthandbuch für die gesamte privatwirtschaftliche, genossenschaftliche, öffentlich-wirtschaftliche und Verwaltungspraxis auf dem Gebiet des Wohnungs- und Siedlungswesens. Unter Mitarbeit von Schwan, Bruno (Gesamtleitung)*. 2 Bände. Stuttgart, Berlin, S. 1015–1033.
- Göderitz, Johannes (1961): Kurt Brüning. Nachruf der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft, vorgetragen in der Plenarsitzung am 8.11.1961. In: *Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft* 13, S. 216. DOI: 10.24355/dbbs.084-201301151529-0.
- Göderitz, Johannes (1969): Julius Petersen. Nachruf der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft in der Plenarsitzung am 6. Juni 1969. In: *Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft* 21, S. 487–488. DOI: 10.24355/dbbs.084-201301221444-0.
- Göderitz, Johannes; Rainer, Roland; Hoffmann, Hubert (1957): *Die gegliederte und aufgelockerte Stadt*. Tübingen: Wasmuth (Archiv für Städtebau und Landesplanung, Heft 4).
- Gutberger, Hansjörg (2017): *Raumentwicklung, Bevölkerung und soziale Integration. Forschung für Raumplanung und Raumordnungspolitik 1930-1960*. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS.
- Gutschow, Niels (2001): *Ordnungswahn. Architekten planen im "eingedeutschten Osten" 1939 - 1945*. Gütersloh, Berlin, Basel, Berlin: Bertelsmann Fachzeitschr; Birkhäuser (Bauwelt-Fundamente, 115).
- Habekost, Heinrich (1978): Johannes Göderitz. Nachruf der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft, vorgetragen in der Plenarsitzung am 13. Oktober 1978. In: *Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft* 29, S. 140–143. DOI: 10.24355/dbbs.084-201307021137-0.

Harlander, Tilmann; Jessen, Johann (2021): Verantwortung für die Vergangenheit und für die Zukunft. In: Julian Wékel (Hg.): Stadt denken. Unter Mitarbeit von Paul Heinrich Börsch. Berlin: Wasmuth & Zohlen Verlag UG, S. 124–128.

Hausmann, Frank-Rutger (2011): Die Geisteswissenschaften im "Dritten Reich". Frankfurt am Main: Klostermann.

Hofmann, Albert (1919): Theodor Goecke + (Nachruf). In: *Deutsche Bauzeitung* 53 (51), S. 286–287. Online verfügbar unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:co1-opus-27354>.

Hörath, Julia (2021): Zielgruppen und Unrechtscharakter der 'vorbeugenden Verbrechensbekämpfung' im Nationalsozialismus. In: Helga Amesberger, Judith Goetz, Brigitte Halbmayr und Dirk Lange (Hg.): Kontinuitäten der Stigmatisierung von "Asozialität". Perspektiven gesellschaftskritischer politischer Bildung. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS (Citizenship. Studien zur politischen Bildung), S. 13–25.

Indrist, Waltraud P. (2021): Roland Rainer und die Drehscheibe Hannover. Kontinuitäten von NS-Netzwerken in Nordwestdeutschland nach 1945. In: Arno Brandt und Axel Priebis (Hg.): Kontinuitäten und Neuorientierungen. Personelle Netzwerke niedersächsischer Raumwissenschaftler nach 1945. Kiel: Wachholtz (Neues Archiv für Niedersachsen, 2021, 1), S. 176–201.

Janssen, Gregor (1968): Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg. Diss., Bonn. Berlin, Frankfurt/M., Wien: Ullstein.

Jung, Michael (2020): Eine neue Zeit - ein neuer Geist? Eine Untersuchung über die NS-Belastung der nach 1945 an der Technischen Hochschule Hannover tätigen Professoren unter besonderer Berücksichtigung der Rektoren und Senatsmitglieder. Petersberg: Michael Imhof Verlag. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.15488/10204>.

Knoch, Peter (1999): Vom Leitbild zum Argument. Konzepte und Instrumente raumbezogener Planung in der Bundesrepublik Deutschland 1960 - 1990; und die Tätigkeit des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen (ISW) der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL). Dissertation. Universität Dortmund, Dortmund. Fakultät für Raumplanung. Online verfügbar unter <http://hdl.handle.net/2003/2858>.

Krüger, Dieter (1997): Archiv im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und öffentlicher Meinung. Geschichte und Überlieferungsprofil des ehemaligen "Berlin Document Center". In: *Vierteljahresheft für Zeitgeschichte* 45 (1), S. 49–74. Online verfügbar unter https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_1_2_krueger.pdf.

Kuchenbuch, David (2014): Geordnete Gemeinschaft. Architekten als Sozialingenieure - Deutschland und Schweden im 20. Jahrhundert. Bielefeld: transcript (Histoire, v.13).

Lammert, Peter (1987): Die gegliederte und aufgelockerte Stadt vor und nach 1945. Eine Skizze zur Planungsgeschichte. In: *Die Alte Stadt* 14 (4), 352-366. Online verfügbar unter <https://forumstadtverlag.de/wp-content/uploads/simple-file-list/14-Die-alte-Stadt-4-1987.pdf>.

Leaman, George (1994): Introduction. In: The Berlin Document Center (Hg.): The Holdings of the Berlin Document Center. A Guide to the Collections. Berlin, S. 1–6.

Leendertz, Ariane (2008): Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert. Zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 2006. Göttingen: Wallstein-Verl. (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, 7).

Leendertz, Ariane (2009): Raumforschung, Raumplanung und NS-Vergangenheit: Forschungsstand, Deutungen, Kontinuitäten. In: Heinrich Mäding und Wendelin Strubelt (Hg.): Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung am 12. und 13. Juni 2008 in Leipzig. Hannover: Akad. für Raumforschung und Landesplanung (Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 346), S. 21–38.

Lehmann, Hartmut; Oexle, Otto Gerhard (Hg.) (2004): Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften. Bd. 1: Fächer, Milieus, Karrieren. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 200).

Mäding, Heinrich; Strubelt, Wendelin (Hg.) (2009): Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung am 12. und 13. Juni 2008 in Leipzig. Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung. Hannover: Akad. für Raumforschung und Landesplanung (Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 346). Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-284556>.

- Münk, Dieter (1993): Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus. Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 1993. Bonn: Pahl-Rugenstein (Pahl-Rugenstein-Hochschulschriften Gesellschafts- und Naturwissenschaften, 284).
- Pahl-Weber, Elke (1985): Die Ortsgruppe als Siedlungszelle. In: Hartmut Frank (Hg.): Faschistische Architekturen. Planen und Bauen in Europa 1930 - 1945. Hamburg: Christians (Stadt, Planung, Geschichte, 3), S. 282–298.
- Pahl-Weber, Elke (1986): Die Ortsgruppe als Siedlungszelle. In: Michael Bose (Hg.): "... ein neues Hamburg entsteht ...". Planen und Bauen von 1933-1945. Hamburg: VSA-Verl. (Beiträge zur städtebaulichen Forschung, 2), S. 46–55.
- Pahl-Weber, Elke (1996): Die Reichsstelle für Raumordnung und die Ostplanung. In: Mechthild Rössler und Sabine Schleiermacher (Hg.): Der "Generalplan Ost. Hauptlinien der NS-Planungs- und Vernichtungspolitik. Unter Mitarbeit von Cordula Tollmien. Berlin: Akademie Verlag (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts), S. 148–153.
- Platzer, Monika (2021): Politisches über zwei «unpolitische» Architekten. Roland Rainer und Karl Schwanzner im Nationalsozialismus. In: *Kritische Berichte. Zeitschrift für Kunst- und Kulturwissenschaften* 49 (3), S. 62–79.
- Prinz, Regina (1997): Neues Bauen in Magdeburg. Das Stadtbauamt unter Bruno Taut und Johannes Göderitz (1921-1933). Diss. Technische Universität München, München. Fakultät für Architektur.
- Raphael, Lutz (2001): Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft. Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime. In: *Geschichte und Gesellschaft* 27, S. 5–40.
- Roskamm, Nikolai (2011): Dichte. Eine transdisziplinäre Dekonstruktion. Zugl.: Weimar, Univ., Diss., 2010. Bielefeld: transcript (Urban studies). Online verfügbar unter <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/transcript.9783839418710/html>.
- Schmidt, Marianne (1988): Johannes Göderitz. Architekt, Stadtplaner, Städtebauteoretiker. Entwicklung der modernen Architektur. Lehrstuhl C für Gebäudelehre und Entwerfen von Hochbauten, Technische Universität Braunschweig, Roland Ostertag. Braunschweig (verfügbar in: StA Braunschweig, H III 3 Nr. 368).
- Schmiechen-Ackermann, Detlef (2021): Rudolf Hillebrecht und der Wiederaufbau in Hannover: Personelle und konzeptionelle Kontinuitäten zur NS-Zeit. In: Arno Brandt und Axel Prieb (Hg.): Kontinuitäten und Neuorientierungen. Personelle Netzwerke niedersächsischer Raumwissenschaftler nach 1945. Kiel: Wachholtz (Neues Archiv für Niedersachsen, 2021, 1), S. 37–69.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef; Werner, Oliver (2021): Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Raumwissenschaften, der Landes- und Stadtplanung nach 1945. Bedingungen und Möglichkeiten gesellschaftlicher Transformation und erfolgreicher Demokratisierung in Niedersachsen. In: Arno Brandt und Axel Prieb (Hg.): Kontinuitäten und Neuorientierungen. Personelle Netzwerke niedersächsischer Raumwissenschaftler nach 1945. Kiel: Wachholtz (Neues Archiv für Niedersachsen, 2021, 1), S. 8–18.
- Speitkamp, Winfried (2017): Denkmalsturz und Namenswechsel. Ehrung und Entehrung in der Kontroverse. In: *Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen* 102, S. 411–422.
- Tamms, Friedrich (1970): Niemeyer, Reinhold. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. Band II: I-Ra. 2. Aufl. Hannover: Gebrüder Jänecke Verlag, S. 2107–2110.
- The Berlin Document Center (Hg.) (1994): The Holdings of the Berlin Document Center. A Guide to the Collections. Berlin. Online verfügbar unter https://www.academia.edu/628956/The_Holdings_of_the_Berlin_Document_Center_A_Guide_to_the_Collections.
- Thies, Harmen H. (2011): Johannes Göderitz in Braunschweig. Kontinuitäten eines Jahrhunderts. In: Jörn Düwel und Michael Mönninger (Hg.): Zwischen Traum und Trauma. Stadtplanung der Nachkriegsmoderne. Berlin: DOM-Publishers (Grundlagen, 10), S. 187–197.
- Tüffers, Bettina (2004): Der Braune Magistrat. Personalstruktur und Machtverhältnisse in der Frankfurter Stadtregierung 1933 - 1945. Zugl.: Frankfurt, Univ., Diss., 2003/2004. Frankfurt am Main: Kramer (Studien zur Frankfurter Geschichte, 54).
- Uhlig, Günter (1977): Stadtplanung in der Weimarer Republik: Sozialistische Reformaspekte. In: Wem gehört die Welt. Kunst und Gesellschaft in der Weimarer Republik. Ausstellung der Neuen Gesellschaft für Bildende

Kunst, Staatliche Kunsthalle 21.8. - 23.10.1977. 3., überarb. Aufl. Berlin: Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, S. 50–71.

Weise, Niels (2021): »Mehr als Nazizählerei«. Die Konjunktur der behördlichen Aufarbeitungsforschung seit 2005. In: Magnus Brechtken (Hg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 386–404.

Wékel, Julian (Hg.) (2021): Stadt denken. Unter Mitarbeit von Paul Heinrich Börsch. Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung. Berlin: Wasmuth & Zohlen Verlag UG.

Weßelhöft, Daniel (2012): Von fleißigen Mitmachern, Aktivisten und Tätern. Die Technische Hochschule Braunschweig im Nationalsozialismus. Hildesheim, Zürich: Olms (Veröffentlichungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, Bd. 6).

Wolfe, Robert (1994): Preface: A Short History of the Berlin Document Center. In: The Berlin Document Center (Hg.): The Holdings of the Berlin Document Center. A Guide to the Collections. Berlin, S. IX–XXII.

Zakrzewski, Philipp (2009): Josef Umlauf- bedingt Gesprächsbereit. Das Wirken eines Planers im Nationalsozialismus und in der jungen Bundesrepublik im Spiegel zeitgenössischer Dokumente. Ein Rekonstruktionsversuch. In: Heinrich Mäding und Wendelin Strubelt (Hg.): Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung am 12. und 13. Juni 2008 in Leipzig. Hannover: Akad. für Raumforschung und Landesplanung (Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 346), S. 66–83.